

Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld der Bundesländer im Jahr 2010 und in der Entwicklung seit 2000

KURT PRATSCHER

Der Beitrag setzt die statistische Berichterstattung über die wichtigsten Sozialleistungen der Bundesländer (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Pflegegeld) mit dem Jahr 2010 fort und stellt einige zentrale Entwicklungen des Leistungsbezugs und der finanziellen Aufwendungen für den Zeitraum 2000 bis 2010 dar. 2010 wurden insgesamt 177.068 Personen in der offenen Sozialhilfe unterstützt. Seit 2000 nahm die Zahl der unterstützten Personen um mehr als 100.000 (+131%) zu - ein Anstieg, der vor allem auf Wien zurückzuführen war: In der Bundeshauptstadt lebten im Jahr 2010 60% der Sozialhilfebezieher/-innen Österreichs (2000: 54%). In Altenwohn- und Pflegeheimen wurden österreichweit 76.104 Personen von der Sozialhilfe unterstützt. Damit waren insgesamt rd. 253.200 Personen zur Sicherung ihres Lebensbedarfs einmalig, mehrmals oder laufend auf die Sozialhilfe angewiesen (2000: 139.500 Personen). Für Leistungen der Sozialhilfe (Allgemeine Sozialhilfe, Altenwohn- und Pflegeheime, soziale Dienste, Flüchtlingshilfe, sonstige Maßnahmen) wurden 2010 insgesamt rund 3,39 Mrd. € ausgegeben (+109% gegenüber 2000). Die Ausgaben der Bundesländer für die Behindertenhilfe lagen bei 1,33 Mrd. € (+106%), jene für das Pflegegeld, das Ende 2010 von 70.632 Personen bezogen wurde, betragen 374,1 Mio. € (+37%). Mit insgesamt 5,09 Mrd. € (2000: 2,54 Mrd. €) lag der Sozialausgaben-Anteil der Länder 2010 bei 7,4% (2000: 5,5%) der Gesamtausgaben für die wichtigsten sozialen Sicherungssysteme in Österreich. 1,25 Mrd. € (2000: 610,4 Mio. €) flossen als Einnahmen aus Kostenbeiträgen und Kostenersätzen der leistungsbeziehenden Personen sowie ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen im Bereich der Sozial- und Behindertenhilfe in die Sozialbudgets der Länder zurück.

Einleitung

Die Statistik über die Sozialhilfe und die Behindertenhilfe beruht auf den von den Bundesländern (Ämter der Landesregierungen, Fonds Soziales Wien) an die STATISTIK AUSTRIA übermittelten Jahresmeldungen; die Daten zum Pflegegeld sind dem vom Sozialministerium herausgegebenen Pflegevorsorgebericht¹⁾ entnommen. Im Unterschied zur Pflegegeldstatistik - hier stellen einheitliche Anspruchs- und Leistungsregelungen sowie eine institutionalisierte Bundesländer-Kooperation²⁾ günstige Voraussetzungen für die Datengewinnung dar - weist die Sozial- und Behindertenhilfestatistik eine Reihe von Qualitätsmängeln auf, was die Vollständigkeit, Genauigkeit, Validität und Vergleichbarkeit der erfassten Daten betrifft. Darüber hinaus ist die Aussage-

kraft auch dadurch beeinträchtigt, dass Daten über den sozioökonomischen, demographischen und familiären Hintergrund der Hilfe empfangenden Personen, zu den Gründen ihrer Bedürftigkeit oder zur Dauer ihres Leistungsbezugs nicht erhoben werden.

Die Sozial- und Behindertenhilfestatistik in der bisherigen Form endet mit dem Berichtsjahr 2010.³⁾ Im Bereich der Sozialhilfe wird die Berichterstattung zukünftig einerseits als Statistik der bedarfsorientierten Mindestsicherung und andererseits als Pflegedienstleistungsstatistik (weiter-)geführt werden. Während diese Statistiken in gewisser Weise einen Ersatz bzw. eine Weiterentwicklung für die Statistik der offenen und geschlossenen Sozialhilfe (*siehe dazu im Folgenden*) darstellen, wird es für die Behindertenhilfe aus heutiger Sicht keine vergleichbare statistische Berichterstattung geben.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, hilfsbedürftigen Personen die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen. Hilfsbedürftigkeit liegt vor, wenn der notwendige Lebensbedarf bzw. Lebensunterhalt weder durch den Ein-

¹⁾ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.): „Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010“, Wien.

²⁾ Der aufgrund der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen (BGBl. Nr. 866/1993) eingerichtete Arbeitskreis für Pflegevorsorge hat jährlich einen gemeinsamen Bericht über die Pflegevorsorge zu erstellen. Allerdings ist auch diese Berichterstattung, soweit sie über die Geldleistungen hinaus den Bereich der Sachleistungen (ambulante, teilstationäre und stationäre soziale Dienste) zu erfassen versucht, mit einer Reihe von Problemen bei der Datenermittlung konfrontiert, sodass die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ebenfalls beeinträchtigt ist.

³⁾ Die vorangehende Veröffentlichung für das Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Statistischen Nachrichten 12/2011, S. 1216 ff.

satz der eigenen Kräfte und Mittel oder durch familiäre Unterhaltsleistungen noch aufgrund eines sozialversicherungsrechtlichen oder sonstigen vorrangigen Leistungsanspruchs gesichert werden kann. Neben der Subsidiarität sind die Individualität und die Hilfe zur Selbsthilfe zentrale Grundsätze für die Gewährung von Sozialhilfeleistungen. Von den wichtigsten Grundprinzipien abgesehen, weist die auf landesgesetzlicher Ebene geregelte Sozialhilfe⁴⁾ zum Teil erhebliche Unterschiede in den Anspruchsvoraussetzungen, im Leistungsbereich sowie in den Organisations- und Finanzierungsstrukturen auf. Die Sozialhilfe umfasst Geld-, Sach- oder Dienstleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, für den Fall der Krankheit, der Pflegebedürftigkeit, zur Unterstützung der Familie/des Haushalts, als Hilfestellung zur Erziehung und Erwerbsbefähigung, zur Schaffung einer wirtschaftlichen Lebensgrundlage, zur Beseitigung außergewöhnlicher Notstände und zuletzt auch in Form der Übernahme der Kosten einer (einfachen) Bestattung. Auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Krankenhilfe, die Hilfe zur Pflege, die Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung sowie die Übernahme der Bestattungskosten besteht in der Regel ein Rechtsanspruch. Die Sozialhilfe wird Personen in Privathaushalten bzw. außerhalb von Einrichtungen („offene“ Sozialhilfe) sowie in Anstalten oder Heimen („geschlossene“ bzw. „stationäre“ Sozialhilfe) gewährt.

Infolge der Umsetzung der „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung“⁵⁾ ist es durch die Einführung von Mindestsicherungsgesetzen, welche die Sozialhilfegesetze teilweise oder gänzlich ersetzen, mittlerweile zu einer weiteren Ausdifferenzierung auf landesgesetzlicher Ebene gekommen. Die ersten Mindestsicherungsgesetze (Burgenland, Niederösterreich, Salzburg, Wien) wurden Anfang September 2010 in Kraft gesetzt, das letzte (Oberösterreich) gilt seit Anfang Oktober 2011.⁶⁾

Im Hinblick auf die Datenbereitstellung für die Sozialhilfestatistik des Jahres 2010 ist zu erwähnen, dass Niederösterreich aufgrund dieser Umstellung nur mehr geschätzte Gesamtjahresdaten für die Zahl der Leistungsbezieher -und bezieherinnen in der offenen Sozialhilfe zur Verfügung stellen konnte.

⁴⁾ In zwei Bundesländern ist in den Jahren 2006 bzw. 2007 an die Stelle des Sozialhilfegesetzes ein anderes Landesgesetz getreten: in Tirol das Grundsicherungsgesetz (seit 1. März 2006) und in Kärnten das Mindestsicherungsgesetz (seit 1. Juli 2007).

⁵⁾ BGBl. I Nr. 96/2010.

⁶⁾ In sechs Bundesländern (Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien) blieben die Mindestsicherungsgesetze auf die Neuregelung der offenen Sozialhilfe beschränkt und die (adaptierten) Sozialhilfegesetze weiter in Geltung; in den restlichen Ländern (Kärnten, Tirol und Vorarlberg) wurden im Unterschied dazu die Bestimmungen zur Mindestsicherung mit den anderen Leistungsbereichen der Sozialhilfe (stationäre Pflege, mobile Dienste) in den Mindestsicherungsgesetzen zusammengeführt und die Sozialhilfegesetze außer Kraft gesetzt.

Richtsätze

Die monatlichen Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts außerhalb von Anstalten und Heimen werden - vergleichbar den Ausgleichszulagenrichtsätzen in der Pensionsversicherung - auf der Basis von Richtsätzen bemessen. Dabei wird zwischen dem (höheren) Richtsatz für Allein-stehende (Alleinunterstützte) und den (niedrigeren) Richtsätzen für Haushaltsvorstände (Hauptunterstützte) und Haushaltsangehörige (Mitunterstützte) unterschieden.⁷⁾ Den niedrigeren Richtsätzen für Haushaltsgemeinschaften (Hauptunterstützte und Mitunterstützte) liegt die Annahme einer nichtlinearen Beziehung zwischen der Zahl der Personen und den finanziellen Erfordernissen zugrunde.

Sozialhilferichtsätze 2010¹⁾

Tabelle 1

Bundesländer	Normaler bzw. erhöhter Richtsatz	Alleinunterstützte (Alleinstehende)	Hauptunterstützte (Haushaltsvorstände)	Mitunterstützte (Haushaltsangehörige)	
				ohne	mit
				Anspruch auf Familienbeihilfe ²⁾	
in EUR					
Burgenland ³⁾	normal	482,60	399,40	291,40	143,00
	erhöht	544,70	461,50	342,10	193,70
Kärnten ⁴⁾	normal	506,00	379,50	379,50	151,80
	erhöht ⁵⁾				202,40
Niederösterreich ⁶⁾	normal	556,60	430,10	430,10	-
	erhöht	540,30	474,50	261,10	146,50
Oberösterreich ⁷⁾	normal	577,50	521,70	340,30	162,00
	erhöht	598,50	543,40	366,80	-
Salzburg	normal	464,50	418,50	268,00	155,50
Steiermark	normal	548,00	500,00	334,00	169,00
	erhöht	468,20	400,60	278,60	155,70
Vorarlberg	normal	517,10	434,20	276,90	160,60
Wien ⁸⁾	normal	461,00	357,00	357,00	137,00
	erhöht	744,01	557,75	557,75	-

Q: Verordnungen der Bundesländer. - 1) Stand: 1.1.2010. - 2) Bei den Haushaltsangehörigen wird grundsätzlich nach dem Anspruch auf bzw. der Gewährung von Familienbeihilfe unterschieden. Die Steiermark unterscheidet bei den Mitunterstützten genauegenommen zwischen solchen, die mit einem Hauptunterstützten in einer Haushaltsgemeinschaft leben, und solchen, für die Familienbeihilfe bezogen wird. In Kärnten wird bei den Kindern nach dem Alter gestaffelt (der niedrigere Betrag bezieht sich auf jene vor, der höhere auf jene nach Vollendung des 10. Lebensjahres). - 3) Das Burgenland gewährt erwerbsunfähigen Personen und Personen, die aufgrund ihres Alters einen Pensionsanspruch hätten, zum normalen Richtsatz einen Zuschlag, der im hier angeführten erhöhten Richtsatz inkludiert ist. - 4) Die ab 1.7.2007 geltende Regelung für Kärnten geht von einem Mindeststandard (ersetzt den Richtsatzbegriff) für Personen, die nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (Alleinstehende), aus und bemisst davon (als Prozentanteile) die Höhe der Beträge für die anderen Gruppen. Der Mindeststandard für Alleinstehende gilt auch für Alleinerziehende (mit mindestens einem im gemeinsamen Haushalt lebenden Kind). - 5) Die Kärntner Regelung sieht mehrere Varianten eines erhöhten Mindeststandards vor: Neben der hier angeführten Variante der Erhöhung um 10% bei Personen, deren Einsatz der Arbeitskraft nicht verlangt werden darf, gibt es noch die Erhöhungen bei der älteren Generation (+15%) und bei Familien mit beeinträchtigten Kindern (+30%). - 6) Niederösterreich sieht für Menschen, die mit nichtunterhaltsberechtigten/-pflichtigen Personen oder im Rahmen einer Lebensgemeinschaft in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, einen eigenen, hier nicht angeführten Richtsatz vor. - 7) Oberösterreich legt für den (gesamten) Kreis der Dauerunterstützten einen erhöhten Richtsatz fest (= der hier angeführte erhöhte Richtsatz); zudem sind für dauer- und für nicht dauerunterstützte Personen, die mit nichtunterhaltsberechtigten/-pflichtigen Personen in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, eigene, hier nicht angeführte Richtsätze vorgesehen. - 8) Der Richtsatz für Alleinunterstützte gilt auch für Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Angehörigen im gemeinsamen Haushalt.

⁷⁾ Wien weicht mit seiner gegen Jahresende 2006 eingeführten neuen Richtsatzregelung von dieser traditionellen Einteilung ab: Hier gibt es seither Richtsätze für Alleinunterstützte und Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Angehörigen im gemeinsamen Haushalt, für in Haushaltsgemeinschaft lebende Ehegatten oder Lebensgefährten und für unterhaltsberechtigte Angehörige mit Anspruch auf Familienbeihilfe. Die seit 1.7.2007 geltende Regelung in Kärnten ersetzt den Richtsatzbegriff durch jenen des Mindeststandards. Von diesem Ausgangsbetrag, der für Personen, die nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (Alleinstehende), festgelegt wird, werden anteilmäßig die Beträge für die anderen Personengruppen bemessen. Der Mindeststandard für Alleinstehende gilt auch für Alleinerziehende (mit mindestens einem im gemeinsamen Haushalt lebenden Kind).

Tabelle 1 weist die Sozialhilferichtsätze mit Stand vom 1.1.2010 aus. Diese lassen - wie in den Vorjahren - zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern erkennen. Jeweils gemessen am normalen Richtsatz, betrug die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten bei den Alleinunterstützten 116,50 €⁸⁾ und bei den Hauptunterstützten sogar 164,70 €⁹⁾ - in beiden Fällen ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr.¹⁰⁾ Bei den Richtsätzen für die Mitunterstützten waren die Niveauunterschiede teilweise weniger stark ausgeprägt; 2010 betrug die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Richtsatz bei den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 118,40 €,¹¹⁾ bei den Mitunter-

stützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe 65,40 €,¹²⁾ womit der Unterschied in beiden Fällen etwas abgenommen hat.¹³⁾ Ein systematischer Vergleich der Richtsatzhöhen zwischen den Bundesländern müsste berücksichtigen, dass Unterschiede dahingehend bestehen, welche Bedarfslagen im Einzelnen durch diese Richtsätze abgedeckt werden.¹⁴⁾

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Sozialhilferichtsätze für den Zeitraum 2000 bis 2010. Während die Differenz zwi-

⁸⁾ Oberösterreich: 577,50 €; Wien: 461,00 €.

⁹⁾ Oberösterreich: 521,70 €; Wien: 357,00 €.

¹⁰⁾ Mit Stand vom 1.1.2009 lagen die Unterschiede bei 115,50 € (Alleinunterstützte) bzw. 162,70 € (Hauptunterstützte).

¹¹⁾ Kärnten: 379,50 €; Niederösterreich: 261,10 €.

¹²⁾ Kärnten: 202,40 €; Wien: 137,00 €.

¹³⁾ Mit Stand vom 1.1.2009 lagen die Unterschiede bei 122,20 € bzw. 67,40 €.

¹⁴⁾ Neben den richtsatzgemäßen Leistungen kennen die landesgesetzlichen Bestimmungen noch andere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, so vor allem die Übernahme des Wohnaufwands, die je nach Bundesland unterschiedlich hoch sein kann. Ein aussagekräftiger Vergleich des Leistungskatalogs der Sicherung des Lebensunterhalts durch die Sozialhilfe muss daher auch unter Berücksichtigung des anerkannten Wohnaufwands erfolgen.

Sozialhilferichtsätze 2000-2010 in EUR

Tabelle 2 (Teil 1)



Jahr ¹⁾	Burgenland ²⁾	Kärnten ³⁾	Niederösterreich ⁴⁾	Oberösterreich ⁵⁾	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien ⁶⁾	Durchschnitt
Alleinunterstützte (Alleinstehende) - normaler Richtsatz										
2000	365,91	358,79	442,43	475,28	360,09	443,30	374,27	423,68	373,68	401,94
2001	371,36	364,45	449,12	482,55	363,00	450,57	380,08	430,22	379,35	407,86
2002	382,10	390,00	458,10	496,50	392,00	460,00	391,10	438,90	390,33	422,11
2003	400,00	398,00	467,30	506,40	394,00	472,00	398,90	447,70	390,33	430,51
2004	406,00	404,00	474,30	511,50	398,00	479,00	404,90	455,30	390,33	435,93
2005	414,10	414,00	481,40	519,20	404,00	486,00	411,00	463,50	405,22	444,27
2006	424,50	424,00	493,40	532,20	414,00	499,00	421,30	472,80	405,22	454,05
2007	433,00	435,00	501,30	542,30	421,00	507,00	431,20	480,40	420,00	463,47
2008	455,40	490,00	515,80	552,00	449,00	522,00	444,10	490,00	439,00	484,14
2009	473,60	506,00	532,30	569,50	464,50	540,00	459,90	514,50	454,00	501,59
2010	482,60	506,00	540,30	577,50	464,50	548,00	468,20	517,10	461,00	507,24
Alleinunterstützte (Alleinstehende) - erhöhter Richtsatz										
2000	414,24	427,39	.	493,45	581,38	479,11
2001	420,41	433,86	.	500,72	590,18	486,29
2002	432,60	457,00	.	515,20	607,26	503,02
2003	451,50	466,00	.	525,50	607,26	512,57
2004	458,30	473,00	.	530,00	607,26	517,14
2005	467,40	485,00	.	538,00	630,17	530,14
2006	479,10	497,00	.	551,50	630,17	539,44
2007	488,70	510,00	.	562,00	655,84	554,14
2008	514,00	539,00	.	572,00	710,02	583,76
2009	534,50	556,60	.	590,10	733,01	603,55
2010	544,70	556,60	.	598,50	744,01	610,95
Hauptunterstützte (Haushaltsvorstände) - normaler Richtsatz										
2000	310,68	293,16	388,58	431,68	294,32	406,97	320,49	356,10	364,38	351,82
2001	315,40	297,60	394,40	438,22	296,87	413,51	325,21	361,18	369,83	356,91
2002	324,50	322,00	402,30	451,00	353,00	420,00	334,60	346,40	380,55	370,48
2003	331,00	328,00	410,30	460,00	355,00	431,00	341,30	375,80	380,55	379,22
2004	336,00	333,00	416,50	464,60	358,50	437,00	346,40	382,20	380,55	383,86
2005	342,70	341,00	422,70	471,60	364,00	444,00	351,60	389,10	395,07	391,31
2006	351,30	350,00	433,30	483,40	373,00	456,00	360,40	396,90	395,07	399,93
2007	358,30	358,00	440,20	492,50	379,00	463,00	368,90	403,30	325,00	398,69
2008	376,80	367,50	453,00	500,80	404,50	476,00	380,00	411,40	340,00	412,22
2009	391,90	379,50	467,50	514,70	418,50	492,00	393,50	432,00	352,00	426,84
2010	399,40	379,50	474,50	521,70	418,50	500,00	400,60	434,20	357,00	431,71

Q: Verordnungen der Bundesländer. - 1) Stand: jeweils 1.1. des Jahres. - 2) Das Burgenland gewährt erwerbsunfähigen Personen und Personen, die aufgrund ihres Alters einen Pensionsanspruch hätten, zum normalen Richtsatz einen Zuschlag. Dieser erhöhte Richtsatz ist hier für Alleinunterstützte und Hauptunterstützte ausgewiesen, nicht jedoch für Mitunterstützte. - 3) Kärnten sieht für erwerbsunfähige und im Pensionsalter stehende Personen einen eigenen (gehobenen Richtsatz) vor; er gilt für Allein- und für Hauptunterstützte und ist hier beim erhöhten Richtsatz angeführt. Zu der ab 1.7.2007 geltenden Regelung (siehe Fußnoten in Tabelle 1). - 4) Niederösterreich hat seit 2001 für Menschen, die mit nichtunterhaltsberechtigten-pflichtigen Personen oder im Rahmen einer Lebensgemeinschaft in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, einen eigenen Richtsatz, der in dieser Tabelle nicht angeführt ist. - 5) In Oberösterreich gibt es für den (gesamten) Kreis der Dauerunterstützten einen erhöhten Richtsatz (jener für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe ist hier nicht angeführt); zudem sind für dauer- und für nichtdauerunterstützte Personen, die mit nichtunterhaltsberechtigten-pflichtigen Personen in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, eigene, hier ebenfalls nicht angeführte Richtsätze vorgesehen. - 6) Wien gewährt erwerbsunfähigen Personen und Personen im Pensionsalter Zuschläge zum normalen Richtsatz (für Allein- und für Hauptunterstützte). - 7) Für Kärnten wird bis inkl. 2001 der Richtsatz für die erste Person in einer Haushaltsgemeinschaft ausgewiesen (von 1989 bis 2001 wurde nach der Anzahl der Haushaltsangehörigen differenziert, bis zum 4. Haushaltsangehörigen in abnehmender Höhe). Ab 1.7.2007 entspricht dieser Richtsatz der Höhe nach dem Hauptunterstützten-Richtsatz. Für die Steiermark wird bis einschließlich 1999 der Durchschnitt aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten bis zum 10. Lebensjahr und aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten ab dem 10. Lebensjahr angeführt. - 8) Für Kärnten wird ab 2008 der Durchschnitt der beiden geltenden Richtsätze ausgewiesen. Für Oberösterreich ist bis einschließlich 2001 der Durchschnitt aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten bis zum 10. Lebensjahr und aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten ab dem 10. Lebensjahr ausgewiesen. Dasselbe gilt für die Steiermark bis einschließlich 1999, abzüglich des Durchschnitts aus der Familienbeihilfe für ein Kind bis zum 10. Lebensjahr und aus der Familienbeihilfe für ein Kind ab dem 10. Lebensjahr.

Sozialhilferichtsätze 2000-2010 in EUR

Tabelle 2 (Teil 2)



Jahr ¹⁾	Burgenland ²⁾	Kärnten ³⁾	Nieder- österreich ⁴⁾	Ober- österreich ⁵⁾	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien ⁶⁾	Durchschnitt
Hauptunterstützte (Haushaltsvorstände) - erhöhter Richtsatz										
2000	359,00	358,79	.	449,84	642,36	452,50
2001	364,45	364,45	.	456,39	652,02	459,33
2002	375,00	390,00	.	469,60	670,91	476,38
2003	382,50	398,00	.	479,00	670,91	482,60
2004	388,30	404,00	.	483,80	670,91	486,75
2005	396,00	414,00	.	491,10	776,30	519,35
2006	405,90	424,00	.	503,40	776,30	527,40
2007	414,00	435,00	.	513,00	501,86	465,97
2008	435,40	416,50	.	521,60	532,28	476,45
2009	452,80	430,10	.	536,00	549,51	492,10
2010	461,50	430,10	.	543,40	557,75	498,19
Mitunterstützte (Haushaltsangehörige) ohne Anspruch auf Familienbeihilfe ⁷⁾										
2000	214,75	187,93	202,25	257,26	194,40	267,44	222,74	226,74	187,13	217,85
2001	218,02	190,77	205,30	260,90	196,22	271,80	226,01	230,37	189,97	221,04
2002	224,30	235,00	209,50	268,40	226,00	280,00	232,60	235,00	195,47	234,03
2003	241,50	240,00	213,70	273,80	227,50	288,00	237,40	239,70	195,47	239,67
2004	245,10	244,00	229,30	293,80	229,50	292,00	241,00	243,80	195,47	246,00
2005	250,00	250,00	232,70	298,20	233,00	296,00	244,60	248,20	202,93	250,63
2006	256,30	256,00	238,50	305,70	239,00	304,00	250,70	253,20	202,93	256,26
2007	261,40	263,00	242,30	311,50	242,50	309,00	256,60	257,30	325,00	274,29
2008	274,90	367,50	249,40	320,60	259,00	318,00	264,30	262,40	340,00	295,12
2009	285,90	379,50	257,30	333,90	268,00	329,00	273,70	275,50	352,00	306,09
2010	291,40	379,50	261,10	340,30	268,00	334,00	278,60	276,90	357,00	309,64
Mitunterstützte (Haushaltsangehörige) mit Anspruch auf Familienbeihilfe ⁸⁾										
2000	90,11	109,15	119,91	111,37	86,84	137,35	124,27	138,08	112,06	114,35
2001	91,57	110,83	121,73	113,01	87,57	139,53	126,45	140,26	113,73	116,07
2002	94,20	116,00	124,20	138,00	105,00	142,00	130,10	143,10	117,03	123,29
2003	118,50	119,00	126,70	140,80	106,00	146,00	132,70	146,10	117,03	128,09
2004	120,30	120,00	128,60	142,20	107,00	148,00	134,70	148,50	117,03	129,59
2005	122,70	123,00	130,50	144,30	108,50	150,00	136,70	151,20	121,49	132,04
2006	125,80	126,00	133,80	147,90	111,00	154,00	140,10	154,20	121,49	134,92
2007	128,30	129,00	135,90	150,70	113,00	156,00	143,40	156,70	125,00	137,56
2008	134,90	171,50	139,80	155,10	120,50	161,00	147,70	159,80	131,00	146,81
2009	140,30	177,10	144,30	160,40	155,50	166,00	152,90	159,80	135,00	154,59
2010	143,00	177,10	146,50	162,00	155,50	169,00	155,70	160,60	137,00	156,27

Q: Verordnungen der Bundesländer. - 1) Stand: jeweils 1.1. des Jahres. - 2) Das Burgenland gewährt erwerbsunfähigen Personen und Personen, die aufgrund ihres Alters einen Pensionsanspruch hätten, zum normalen Richtsatz einen Zuschlag. Dieser erhöhte Richtsatz ist hier für Alleinunterstützte und Hauptunterstützte ausgewiesen, nicht jedoch für Mitunterstützte. - 3) Kärnten sieht für erwerbsunfähige und im Pensionsalter stehende Personen einen eigenen (gehobenen Richtsatz) vor; er gilt für Allein- und für Hauptunterstützte und ist hier beim erhöhten Richtsatz angeführt. Zu der ab 1.7.2007 geltenden Regelung (siehe Fußnoten in Tabelle 1). - 4) Niederösterreich hat seit 2001 für Menschen, die mit nichtunterhaltsberechtigten/-pflichtigen Personen oder im Rahmen einer Lebensgemeinschaft in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, einen eigenen Richtsatz, der in dieser Tabelle nicht angeführt ist. - 5) In Oberösterreich gibt es für den (gesamten) Kreis der Dauerunterstützten einen erhöhten Richtsatz (jener für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe ist hier nicht angeführt); zudem sind für dauer- und für nichtdauerunterstützte Personen, die mit nichtunterhaltsberechtigten/-pflichtigen Personen in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben, eigene, hier ebenfalls nicht angeführte Richtsätze vorgesehen. - 6) Wien gewährt erwerbsunfähigen Personen und Personen im Pensionsalter Zuschläge zum normalen Richtsatz (für Allein- und für Hauptunterstützte). - 7) Für Kärnten wird bis inkl. 2001 der Richtsatz für die erste Person in einer Haushaltsgemeinschaft ausgewiesen (von 1989 bis 2001 wurde nach der Anzahl der Haushaltsangehörigen differenziert, bis zum 4. Haushaltsangehörigen in abnehmender Höhe). Ab 1.7.2007 entspricht dieser Richtsatz der Höhe nach dem Hauptunterstützten-Richtsatz. Für die Steiermark wird bis einschließlich 1999 der Durchschnitt aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten bis zum 10. Lebensjahr und aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten ab dem 10. Lebensjahr angeführt. - 8) Für Kärnten wird ab 2008 der Durchschnitt der beiden geltenden Richtsätze ausgewiesen. Für Oberösterreich ist bis einschließlich 2001 der Durchschnitt aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten bis zum 10. Lebensjahr und aus dem Richtsatz für einen Mitunterstützten ab dem 10. Lebensjahr ausgewiesen. Dasselbe gilt für die Steiermark bis einschließlich 1999, abzüglich des Durchschnitts aus der Familienbeihilfe für ein Kind bis zum 10. Lebensjahr und aus der Familienbeihilfe für ein Kind ab dem 10. Lebensjahr.

schen höchstem und niedrigstem (normalen) Richtsatz bei den Alleinunterstützten unverändert blieb, ging sie bei den Hauptunterstützten (+19%) und bei den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe (+47%) noch weiter auseinander; lediglich bei den Mitunterstützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe gab es einen Rückgang (-22%).

Mit der Einführung der Mindestsicherung in den ersten Bundesländern Anfang **September 2010** sind an die Stelle der Richtsätze **Mindeststandards** für die monatlichen Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhalts und des angemessenen Wohnbedarfs¹⁵⁾ getreten. Ausgangswert ist der für alleinstehende Ausgleichszulagenbezieher und -bezieherinnen monatlich vorgesehene Betrag abzüglich des davon einzubehaltenden Beitrages zur Krankenversicherung. Dieser für Alleinstehende und Alleinerziehende geltende Betrag

¹⁵⁾ Die Mindeststandards enthalten einen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs im Ausmaß von 25%.

lag 2010 bei 744,01 €. Die Mindeststandards für alle anderen Personen sind mit Prozentsätzen dieses Ausgangswertes festgelegt: z.B. 75% (2010: 558,01 €) für volljährige Personen, die mit anderen volljährigen Personen im gemeinsamen Haushalt leben (z.B. Ehegatten), oder 50% (2010: 372,01 €) ab der dritten leistungsberechtigten volljährigen Person, wenn diese gegenüber einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt unterhaltsberechtig ist; unterschiedliche Prozentsätze gelten für minderjährige Kinder, für die ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht.¹⁶⁾

Unterstützte

Die Bundesländer meldeten für **2010** insgesamt 177.068 allein-, haupt- und mitunterstützte Personen in der **offenen Sozialhilfe (Tabelle 3)**, das waren um 3.251 Unterstützte

¹⁶⁾ Bei den Ersteinführungs-Ländern lagen diese 2010 bei 18% (Wien), 19,2% (Burgenland), 21% (Salzburg) bzw. 23% (Niederösterreich).

Personen mit Sozialhilfebezug in Privathaushalten 2010 (Offene Sozialhilfe)

Tabelle 3



Unterstützenstatus	Österreich ¹⁾	Burgenland ²⁾	Kärnten ²⁾	Nieder-österreich ^{2) 3)}	Ober-österreich	Salzburg	Steiermark ²⁾	Tirol	Vorarlberg	Wien ^{2) 4)}
Alleinunterstützte und Hauptunterstützte	104.231	.	.	8.870	3.874	6.913	6.998	7.875	5.021	64.680
Männer	1.533	3.200	2.881	3.774	2.435	.
Frauen	2.341	3.713	3.171	4.101	2.586	.
Mitunterstützte zusammen	69.853	.	.	5.130	3.159	4.144	6.386	3.639	5.400	41.995
Männer	1.529	1.561	2.504	1.702	2.688	.
Frauen	1.630	2.583	2.607	1.937	2.712	.
Mitunterstützte ohne Familienbeihilfe	15.588	.	.	.	694	838	2.049	1.123	1.481	9.403
Männer	258	531	639	448	650	.
Frauen	436	307	871	675	831	.
Mitunterstützte mit Familienbeihilfe	49.135	.	.	.	2.465	3.306	4.337	2.516	3.919	32.592
Männer	1.271	1.030	1.865	1.254	2.038	16.708
Frauen	1.194	2.276	1.736	1.262	1.881	15.884
Allein-, Haupt- und Mitunterstützte insgesamt	177.068	989	1.587	14.000	7.441	11.057	13.384	11.514	10.421	106.675
Männer	74.984	.	725	.	3.062	4.761	5.385	5.476	5.123	50.452
Frauen	84.466	.	862	.	3.971	6.296	5.778	6.038	5.298	56.223

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Die Österreich-Summen sind als Summe der Bundesländer horizontal zu lesen; aufgrund fehlender Angaben (.) stimmen diese nicht mit den Österreich-Summen in der Vertikale überein. - 2) Nicht alle Personen nach dem Unterstützenstatus bzw. nach dem Geschlecht aufgedgliedert vorliegend. - 3) Geschätzte Daten. - 4) Inkl. Bezieher/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Personen mit Sozialhilfebezug in Privathaushalten sowie in Altenwohn- und Pflegeheimen 2000-2010

Tabelle 4



Jahr	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder-österreich ¹⁾	Ober-österreich	Salzburg	Steiermark ²⁾	Tirol	Vorarlberg ²⁾	Wien
Privathaushalte (Offene Sozialhilfe)										
2000	76.771	889	1.065	7.596	2.362	8.630	5.361	6.057	3.057	41.754
2001	85.275	847	972	7.339	2.362	8.310	5.010	6.107	3.252	51.076
2002	98.833	749	1.132	7.083	2.808	8.985	5.120	6.642	2.962	63.352
2003	106.516	751	1.170	8.210	3.101	9.819	3.990	7.413	2.622	69.440
2004	118.046	772	1.185	10.315	3.770	10.872	4.600	9.827	2.260	74.445
2005	124.561	815	1.293	10.500	5.852	11.076	4.090	9.808	2.272	78.855
2006	142.278	846	1.352	11.342	4.472	11.062	12.082	10.009	7.590	83.523
2007	152.479	867	1.445	13.012	4.531	10.606	14.472	10.386	8.531	88.629
2008	160.942	903	2.109	14.040	6.607	10.571	13.716	10.211	9.238	93.547
2009	173.817	1.008	2.037	15.308	7.502	11.083	15.552	11.283	10.013	100.031
2010	177.068	989	1.587	14.000	7.441	11.057	13.384	11.514	10.421	106.675
Altenwohn- und Pflegeheime										
2000	62.693	794	2.457	9.589	9.739	3.829	5.338	4.800	2.106	24.041
2001	58.697	820	2.636	9.557	8.850	3.720	5.440	4.660	2.466	20.548
2002	60.388	884	2.681	11.100	9.375	3.111	5.648	4.761	2.232	20.596
2003	61.261	997	2.823	11.076	9.603	3.231	5.769	4.624	2.020	21.118
2004	57.769	1.034	3.160	10.974	9.433	3.336	5.807	3.989	1.873	18.163
2005	57.169	1.159	3.459	10.396	9.605	3.363	6.165	4.008	1.947	17.067
2006	59.926	1.212	3.734	10.557	10.819	3.432	6.470	4.132	1.991	17.579
2007	63.741	1.021	3.955	10.712	10.661	3.489	9.244	4.387	2.055	18.217
2008	67.298	1.398	4.446	11.532	11.593	3.687	10.207	4.165	2.191	18.079
2009	73.792	1.676	4.985	12.441	11.986	3.823	10.059	4.296	2.276	22.250
2010	76.104	1.693	5.490	12.869	11.447	3.936	10.989	4.450	2.270	22.960
Insgesamt										
2000	139.464	1.683	3.522	17.185	12.101	12.459	10.699	10.857	5.163	65.795
2001	143.972	1.667	3.608	16.896	11.212	12.030	10.450	10.767	5.718	71.624
2002	159.221	1.633	3.813	18.183	12.183	12.096	10.768	11.403	5.194	83.948
2003	167.777	1.748	3.993	19.286	12.704	13.050	9.759	12.037	4.642	90.558
2004	175.815	1.806	4.345	21.289	13.203	14.208	10.407	13.816	4.133	92.608
2005	181.730	1.974	4.752	20.896	15.457	14.439	10.255	13.816	4.219	95.922
2006	202.204	2.058	5.086	21.899	15.291	14.494	18.552	14.141	9.581	101.102
2007	216.220	1.888	5.400	23.724	15.192	14.095	23.716	14.773	10.586	106.846
2008	228.240	2.301	6.555	25.572	18.200	14.258	23.923	14.376	11.429	111.626
2009	247.609	2.684	7.022	27.749	19.488	14.906	25.611	15.579	12.289	122.281
2010	253.172	2.682	7.077	26.869	18.888	14.993	24.373	15.964	12.691	129.635

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Offene Sozialhilfe 2010 geschätzte Daten. - 2) Die Zahlen zu den in der offenen Sozialhilfe Unterstützten der Steiermark und Vorarlbergs sind ab 2006 (bessere bzw. genauere Datenerfassung) mit jenen der Vorjahre nicht vergleichbar.

(+1,9%) mehr als 2009. Der Anteil¹⁷⁾ der weiblichen Sozialhilfeempfänger lag bei 53%. 60% der Leistungsbezieher und -bezieherinnen waren alleinunterstützte Personen oder lebten als Hauptunterstützte in Familien bzw. Lebensgemeinschaften, 40% wurden als Angehörige oder diesen gleichgestellte Personen in Mehrpersonenhaushalten unterstützt (Mitunterstützte insgesamt); der Anteil der Sozialhilfeunterstützten Kinder (Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe) betrug 31%.¹⁸⁾

Im Zeitraum 2000 bis 2010 (Tabelle 4) nahm die Zahl der in der offenen Sozialhilfe Unterstützten um mehr als 100.000 Personen (+131%) zu. Dieser starke Anstieg der ausgewiesenen Sozialhilfebedürftigkeit war vor allem auf die Entwicklung in Wien zurückzuführen. In der Bundeshauptstadt erhöhte sich die Zahl der Leistungsbeziehenden von 41.754 auf 106.675 Personen (+155%), womit 60% (2000: 54%) der in der offenen Sozialhilfe Unterstützten in Wien lebten.

In Wien wurden die meisten Personen deshalb von der Sozialhilfe unterstützt, weil ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder einer vorrangigen Sozialleistung unterhalb der Höhe des Richtsatzes lag. Steigende bzw. hohe Arbeitslosigkeit sowie die Zunahme atypischer bzw. prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit etc.) und die damit einhergehenden geringen Verdienstmöglichkeiten bzw. die im Fall der Arbeitslosigkeit daraus resultierenden niedrigen (vorrangigen) Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) sind die wesentlichen Gründe für den starken Anstieg bei den Sozialhilfe-Richtsatzergänzungen.¹⁹⁾ Die Zahl der Personen mit einer

richtsatzergänzenden Unterstützung nahm im Zeitraum 2000 bis 2010 von 20.965 auf 72.013 Personen (+51.048 bzw. +243%) zu, womit 68% der von der Sozialhilfe Unterstützten auf diese Gruppe entfielen (Tabelle 5).

Auskunft über einige **Strukturmerkmale** der Personen mit Leistungsbezug in der offenen Sozialhilfe Wiens im Jahr 2010 (und im Vergleich zu 2009) gibt Tabelle 6.

Nach drei großen Altersgruppen unterschieden, waren die unter 30-Jährigen mit 48% der Gesamtzahl die größte Gruppe (+10,25%), gefolgt von den 30- bis unter 60-Jährigen mit 40% (+4,2%) und den 60-jährigen und älteren Personen mit einem Anteil von 12% (+1,4%). Innerhalb dieser Gruppen hatten die unter 15-Jährigen (+14,6%) und die 15- bis unter 30-Jährigen (+5,7%) die höchsten Zuwächse. Der Frauen-Anteil war in der Gruppe der Sozialhilfe beziehenden Personen im Pensionsalter (60 Jahre und älter) mit 64% deutlich höher als im Durchschnitt (53%) und in den Altersgruppen unter 30 Jahren (49% bzw. 52%).

70% der in der offenen Sozialhilfe Wiens unterstützten Personen waren österreichische Staatsangehörige; die übrigen 30% nichtösterreichischer Staatsangehörigkeit setzten sich aus 66% Angehörigen von Drittstaaten, 14% EU-/EWR-Staatsangehörigen sowie 19% sonstigen Personen (Asylberechtigte und andere) zusammen.

Was die Dauer des Leistungsbezugs²⁰⁾ im Jahr 2010 betrifft, erhielten 67% sechs Monate und länger eine Unterstützung (Frauen: 69%, Männer: 64%). Bei 18% war der Leistungsbezug kürzer als drei Monate, und der Rest (16%) wurde drei bis unter sechs Monate lang unterstützt. Gegenüber dem Vorjahr war der Zuwachs bei den sechs Monate und längeren Leistungsbezügen (+11,8%) am stärksten. Die durchschnittliche Bezugsdauer lag 2010 bei 8,7 Monaten (2009: 8,4 Monate).²¹⁾

²⁰⁾ Die Dauer des Leistungsbezugs pro Jahr gibt Auskunft über die Verweildauer in der Sozialhilfe in einem Jahr und sagt nichts über die Gesamtbezugsdauer aus, die länger als zwölf Monate sein kann.

²¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Bezieher und Bezieherinnen einer Hilfe in besonderen Lebenslagen.

¹⁷⁾ Bezogen auf die Österreich-Summe von 159.450 Personen, für die Angaben nach dem Geschlecht vorliegen.

¹⁸⁾ Die Anteile bei den Allein- und Hauptunterstützten sowie den Mitunterstützten insgesamt sind bezogen auf die Österreich-Summe von 174.084 Personen, die nach dem entsprechenden Unterstütztenstatus gegliedert vorliegen. Beim Kinder-Anteil liegen 160.084 Personen zugrunde (ohne Niederösterreich, weil hier die Mitunterstützten nur in Summe vorhanden sind).

¹⁹⁾ Vgl. näher dazu *Magistratsabteilung 24 - Gesundheits- und Sozialplanung* (Hg.) (2010): „Wiener Sozialbericht 2010“, in: Wiener Sozialpolitische Schriften Band 2, S. 98 ff., Wien.

Personen mit Sozialhilfebezug in Privathaushalten in Wien 2000-2010 (Offene Sozialhilfe)

Tabelle 5



Jahr	Insgesamt	Davon						
		Personen mit Dauerleistungsbezug	Davon		Personen mit Aushilfenbezug	Davon		
			Dauerunterstützte Personen	Personen mit Mietbeihilfenbezug		Richtsatzergänzung	Volle Richtsatzleistung	Hilfe in besonderen Lebenslagen
2000	41.754	10.412	3.688	6.724	31.342	20.965	8.460	1.917
2001	51.076	10.920	3.795	7.125	40.156	26.802	9.732	3.622
2002	63.352	10.908	3.943	6.965	52.444	35.648	11.004	5.792
2003	69.440	10.843	4.006	6.837	58.597	41.311	11.642	5.644
2004	74.445	10.810	4.053	6.757	63.635	46.698	12.049	4.888
2005	78.855	10.939	4.160	6.779	67.916	51.347	12.370	4.199
2006	83.523	11.424	4.400	7.024	72.099	55.078	12.683	4.338
2007	88.629	12.366	4.856	7.510	76.263	58.945	12.575	4.743
2008	93.547	13.365	5.393	7.972	80.182	62.760	12.595	4.827
2009	100.031	15.117	5.913	9.204	84.914	66.982	13.070	4.862
2010	106.675	16.018	6.208	9.810	90.657	72.013	14.357	4.287

Q: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 24 - Gesundheits- und Sozialplanung.

Personen mit Sozialhilfebezug in Privathaushalten in Wien 2010 (Offene Sozialhilfe)

Tabelle 6



Personen- und Haushaltsmerkmale	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	absolut			Vorjahresveränderung in %		
Insgesamt	106.675	50.452	56.223	6,6	7,3	6,1
Altersgruppen						
Bis unter 15 Jahre	26.956	13.869	13.087	14,6	15,2	14,1
15 bis unter 30 Jahre	24.564	11.871	12.693	5,7	5,7	5,7
30 bis unter 45 Jahre	23.832	10.516	13.316	3,0	3,0	3,1
45 bis unter 60 Jahre	19.091	9.755	9.336	5,6	6,0	5,3
60 bis unter 75 Jahre	9.166	3.827	5.339	3,9	2,9	4,6
75 Jahre und älter	3.066	614	2.452	-5,4	-2,1	-6,2
Staatsangehörigkeit						
Österreich	74.827	35.898	38.929	6,1	7,0	5,3
Nicht-Österreich	31.848	14.554	17.294	7,9	7,9	7,9
Drittstaaten	21.117	9.672	11.445	7,6	9,0	6,4
EU-/EWR-Staaten	4.592	1.743	2.849	21,7	21,3	22,0
Sonstige (Asylberechtigte und andere)	6.139	3.139	3.000	0,5	-1,1	2,1
Dauer des Leistungsbezugs						
Unter 3 Monate	18.669	9.554	9.115	-10,3	-8,8	-11,8
3 bis unter 6 Monate	16.828	8.394	8.434	8,0	8,3	7,7
6 Monate und länger	71.178	32.504	38.674	11,8	12,8	11,0
Haushalte (Bedarfsgemeinschaften)						
Einpersonenhaushalte	45.326	.	.	1,6	.	.
Vor dem Pensionsalter	36.799	.	.	2,1	.	.
Im Pensionsalter	8.527	.	.	-0,5	.	.
Mehrpersonenhaushalte	19.354	.	.	7,7	.	.
Alleinerziehende	8.784	.	.	22,4	.	.
Alleinerziehende mit einem Kind	4.437	.	.	12,9	.	.
Alleinerziehende mit zwei Kindern	2.797	.	.	37,8	.	.
Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern	1.550	.	.	27,5	.	.
Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften)	10.570	.	.	-2,0	.	.
Paare ohne Kinder	3.218	.	.	-1,8	.	.
Paare mit einem Kind	1.942	.	.	-3,7	.	.
Paare mit zwei Kindern	2.136	.	.	-2,7	.	.
Paare mit drei und mehr Kindern	3.274	.	.	-0,8	.	.

Q: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 24 - Gesundheits- und Sozialplanung.

Allgemeine Sozialhilfe 2010

Tabelle 7



Leistungskatalog, Ausgaben in EUR sowie Zahl der Personen/Fälle ¹⁾	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien ²⁾
Richtsatzleistungen (Dauerunterstützte u.a.)										
Ausgaben in EUR	168.045.182	1.790.456	6.547.722	31.994.890	15.964.380	10.510.249	21.521.999	10.000.348	8.624.700	61.090.437
Personen/Fälle	.	572	2.047	8.015	10.220	4.804	5.118	7.793	4.495	6.208
Mietbeihilfen										
Ausgaben in EUR	54.011.750	843.735	862.439	2.410.726	2.795.760	10.378.527	9.197.617	8.879.402	6.569.878	12.073.665
Personen/Fälle	.	448	1.848	2.458	9.922	5.429	1.003	7.997	3.904	9.810
Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs										
Ausgaben in EUR	223.960.069	356.335	3.112.989	1.182.687	2.711.355	881.886	2.954.169	1.470.204	1.161.360	210.129.084
Personen/Fälle	.	598	3.058	1.875	7.532	1.543	6.296	4.774	1.541	90.657
Krankenhilfe										
Ausgaben zusammen in EUR	138.897.032	947.977	26.432.964	10.076.675	4.922.608	5.918.733	25.332.161	3.848.884	3.708.029	57.709.000
Darunter für:										
Sozialversicherungsbeiträge (KV-Selbstzahlende)	13.054.808	640.208	494.675	1.454.025	2.115.064	2.240.434	2.741.541	2.452.600	916.260	.
Unterbringung in psychiatrischen Krankenanstalten	77.229.270	3.928	24.931.799	1.042.640	1.672.300	.	17.692.334	32.311	1.532.094	30.321.863
Andere Einrichtungen	5.347.458	16.986	146.022	.	677.069	211.346	3.078.070	535.020	682.945	.
Sonstige Krankenhilfe	43.265.496	286.855	860.468	7.580.009	458.175	3.466.953	1.820.216	828.953	576.730	27.387.137
Personen/Fälle	.	780	1.306	1.685	3.487	2.272	.	4.565	2.842	.
Sonstige Leistungen										
Ausgaben in EUR	28.802.237	1.124.857	77.043	4.475.047	7.212.718	3.406.525	402.916	2.657.043	2.648.373	6.797.715
Allgemeine Sozialhilfe insgesamt										
Ausgaben in EUR	613.716.269	5.063.360	37.033.156	50.140.025	33.606.821	31.095.920	59.408.862	26.855.881	22.712.340	347.799.902

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen bzw. aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. - 2) Ausgaben für Krankenhilfe in anderen Einrichtungen sind in den Ausgaben für psychiatrische Anstalten enthalten.

Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe und sonstige Hilfen 2010

Tabelle 8



Leistungskatalog, Ausgaben in EUR sowie Zahl der Personen/Fälle ¹⁾	Österreich	Burgen- land ²⁾	Kärnten	Nieder- österreich ³⁾	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol ⁴⁾	Vorarlberg	Wien
Altenwohn- und Pflegeheime (landeseigene und private) ⁵⁾										
Ausgaben in EUR	1.981.042.449	39.890.607	93.617.026	315.562.925	308.067.972	87.220.758	332.533.771	122.684.380	70.497.011	610.968.000
Personen	76.104	1.693	5.490	12.869	11.447	3.936	10.989	4.450	2.270	22.960
Soziale Dienste ⁵⁾										
Heimhilfe										
Ausgaben in EUR	293.575.909	2.794	7.613.958	69.694.745	35.541.757	7.218.640	7.215.098	.	1.712.618	164.576.300
Personen/Fälle	.	4	.	.	.	2.963	5.771	.	.	22.010
Hauskrankenpflege										
Ausgaben in EUR	146.465.238	212.347	15.461.389	.	14.502.278	9.429.935	4.897.950	20.753.031	4.547.907	76.660.400
Personen/Fälle	.	54	.	.	.	3.553	13.903	.	.	8.270
Sonstige Hilfen für Senioren										
Ausgaben in EUR	32.825.170	.	.	3.107.766	4.367.422	517.609	5.818.278	672.740	364.354	17.977.000
Personen/Fälle	16	6.674	.	.	.
Sonstige Leistungen										
Ausgaben in EUR	59.569.105	.	127.559	.	28.674.287	313.448	417.220	337.157	4.920.234	24.779.200
Personen/Fälle	87	.	.	.	12.510
Soziale Dienste zusammen										
Ausgaben in EUR	532.435.422	215.142	23.202.906	72.802.511	83.085.744	17.479.632	18.348.547	21.762.929	11.545.113	283.992.900
Flüchtlingshilfe										
Ausgaben in EUR	157.386.522	4.074.619	9.056.428	23.265.841	38.373.510	7.374.618	24.664.946	10.752.010	8.664.550	31.160.000
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen										
Für Obdachlose; insbesondere Wohnheime, Wohnprojekte, Beratung										
Ausgaben in EUR	75.095.174	.	416.630	.	3.155.918	6.295.523	190.270	5.945.244	6.314.390	52.777.200
Personen/Fälle	522	.	396	.
Sonstige Aktionen und Unterstützungsbeiträge										
Ausgaben in EUR	21.319.901	.	3.207.484	.	13.215.749	948.215	553.291	.	2.637.162	758.000
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zusammen										
Ausgaben in EUR	108.825.533	.	3.624.114	12.410.459	16.371.667	7.243.738	743.560	5.945.244	8.951.551	53.535.200

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen bzw. aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden größtenteils keine Summen gebildet. - 2) Nur personenbezogene Ausgaben. - 3) Bei den Ausgaben für Heimhilfe sind auch jene für Hauskrankenpflege enthalten. - 4) Die Ausgaben für die Hauskrankenpflege enthalten auch jene für die Heimhilfe. - 5) Daten stimmen aufgrund unterschiedlich gefasster Leistungsbereiche und abweichender Ausgabenbegriffe mit den Daten gemäß Pflegedienstleistungsstatistik nicht überein.

2010 wurden in Wien insgesamt 64.680 Bedarfsgemeinschaften von der Sozialhilfe unterstützt (+3,4% gegenüber dem Vorjahr). Es dominierten mit 70% (2009: 71%) eindeutig die Einpersonenhaushalte²²⁾ gegenüber den Mehrpersonenhaushalten, allerdings verzeichneten die letzteren einen deutlich stärkeren Zuwachs (+7,7%; Einpersonenhaushalte: +1,6%). Die Mehrpersonenhaushalte setzten sich aus 55% Paar-Haushalten (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) und 45% Haushalten von Alleinerziehenden zusammen. Prozentuell am stärksten nahm die Sozialhilfeabhängigkeit gegenüber dem Vorjahr (2009) bei den Alleinerziehenden mit zwei Kindern (+37,8%) und bei den Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern (+27,5%) zu. In 83% der Mehrpersonenhaushalte (Alleinerziehende, Ehepaare und Lebensgemeinschaften) lebten Kinder.

Die zweite große Zielgruppe der Sozialhilfe sind jene Personen, die in **Altenwohn- und Pflegeheimen** leben.²³⁾ Im Jahr 2010 wurden den Meldungen der Bundesländer zufolge insgesamt 76.104 Personen in solchen Einrichtungen von der Sozial-

hilfe unterstützt (Tabelle 8), weil sie betreuungs- bzw. pflegebedürftig waren und ihre Eigenmittel zur Bestreitung der Heimgebühren nicht ausreichten. Gegenüber dem Vorjahr waren um 2.312 Personen mehr (+3,1%) in Altenwohn- und Pflegeheimen auf Unterstützung durch die Sozialhilfe angewiesen. Verglichen mit der offenen Sozialhilfe, fiel der Anstieg der Leistungsanspruchnahme im stationären Bereich seit 2000 sehr moderat aus (+13.400 Personen bzw. +21%).

Rechnet man die Leistungsbezüge in Altenwohn- und Pflegeheimen und jene in der offenen Sozialhilfe zusammen, so wurden 2010 **insgesamt** rd. 253.200 Personen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts einmalig, mehrmals oder laufend von der **Sozialhilfe** unterstützt; das ist eine Zunahme um rd. 113.700 Personen (+82%) gegenüber 2000.

Personen, die **soziale Dienste** als Leistung der Sozialhilfe bezogen, sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Hier liegen nur vereinzelt Bundesländer-Angaben vor (Tabelle 8). 2010 nahmen zum Beispiel in Wien 22.010 Personen Heimhilfe und 8.270 Personen Hauskrankenpflege in Anspruch.

Ausgaben

Die im Rahmen der **Allgemeinen Sozialhilfe** erfassten Ausgaben²⁴⁾ (Tabelle 7) entfallen auf Richtsatzleistungen, Geldaus-

²²⁾ Wengleich der Haushaltsbegriff mit dem der Bedarfsgemeinschaft nicht gleichzusetzen ist, wird er hier synonym verwendet.

²³⁾ Mit diesen zwei Gruppen werden große Teile der Leistungsanspruchnahme in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe erfasst, jedoch nicht sämtliche Bereiche der administrativ bearbeiteten Sozialhilfebedürftigkeit statistisch abgedeckt. Nicht oder nur teilweise erfasst sind im Rahmen der vorliegenden Statistik die Sozialhilfe beziehenden Personen in anderen Einrichtungen als den Altenwohn- und Pflegeheimen (wie Krankenanstalten, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe) oder die sozialhilfeunterstützten Bezieher/-innen von sozialen Diensten.

²⁴⁾ Hier und im Folgenden ohne Berücksichtigung von allfälligen Einnahmen, wie sie z.B. aus Kostenbeiträgen oder -ersätzen durch die Leistungsbeziehenden resultieren (vor allem im stationären Bereich).

Ausgaben für Sozialhilfe 2000-2010 in EUR

Tabelle 9



Jahr	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Sozialhilfe insgesamt										
2000	1.619.902.798	16.372.885	69.537.470	267.706.365	242.255.020	87.747.732	166.092.864	100.372.734	60.173.559	609.644.170
2001	1.628.323.337	16.733.728	72.472.398	275.156.767	260.374.425	75.719.800	175.583.007	137.410.671	65.052.979	549.819.563
2002	1.747.196.440	18.050.960	73.281.485	283.422.208	305.384.533	73.930.453	202.179.155	129.707.555	64.799.416	596.440.675
2003	1.791.661.826	20.714.707	88.339.773	299.710.339	296.484.054	79.344.097	211.023.010	103.158.240	65.922.624	626.964.980
2004	2.090.543.597	23.149.449	93.891.517	320.981.078	325.768.130	86.881.932	238.296.693	118.802.372	75.056.636	807.715.791
2005	2.329.691.118	30.619.392	107.792.076	362.703.667	345.946.013	97.213.299	252.418.232	127.117.325	81.013.288	924.867.826
2006	2.507.629.169	32.622.771	117.711.744	395.526.538	405.263.308	105.075.221	265.146.738	131.482.338	84.191.783	970.608.728
2007	2.658.356.464	30.680.935	127.686.146	393.403.476	409.999.152	109.741.085	302.986.558	135.966.237	92.655.827	1.055.237.046
2008	2.933.167.412	39.568.071	145.412.932	426.624.988	457.953.897	125.240.629	337.468.791	148.154.276	104.460.574	1.148.283.254
2009	3.214.511.713	46.001.676	150.798.785	450.285.051	478.479.300	147.291.322	392.245.266	165.735.898	118.027.675	1.265.646.741
2010	3.393.406.195	49.243.728	166.533.630	474.181.762	479.505.713	150.414.666	435.699.686	188.000.444	122.370.565	1.327.456.002
Allgemeine Sozialhilfe										
2000	352.048.199	3.114.731	20.619.043	46.334.707	25.351.099	21.547.590	38.835.163	15.407.573	9.961.165	170.877.126
2001	343.809.403	3.036.490	19.146.089	45.024.670	24.434.249	21.080.511	40.177.286	15.298.679	9.221.166	166.389.813
2002	346.208.280	2.867.191	15.793.730	46.813.608	28.090.598	22.490.277	41.917.782	16.642.911	9.880.119	161.712.064
2003	377.002.589	3.021.351	23.450.805	51.993.010	28.994.633	25.138.552	43.592.656	18.040.757	10.296.233	172.474.591
2004	419.152.050	2.933.483	27.272.214	55.695.474	33.635.996	27.177.921	46.118.083	19.271.979	11.745.707	195.301.194
2005	436.490.119	3.279.045	28.175.503	57.272.894	29.584.880	29.486.734	44.989.829	19.513.080	13.060.511	211.127.643
2006	460.186.840	3.561.068	30.815.491	59.114.170	30.394.970	30.548.465	42.789.296	21.667.025	14.842.091	226.454.265
2007	476.753.985	3.181.289	32.876.407	44.799.557	34.283.166	29.721.400	44.215.031	23.877.298	16.778.584	247.021.253
2008	535.392.111	4.010.988	35.893.232	47.697.316	37.307.881	31.315.606	54.328.227	24.729.906	18.986.635	281.122.321
2009	584.822.703	4.699.617	38.840.833	49.832.402	37.041.361	32.697.354	54.867.274	26.729.066	21.257.755	318.857.041
2010	613.716.269	5.063.360	37.033.156	50.140.025	33.606.821	31.095.920	59.408.862	26.855.881	22.712.340	347.799.902
Altenwohn- und Pflegeheime										
2000	894.978.550	12.829.269	37.543.973	176.842.662	156.946.088	47.340.146	115.602.587	53.559.185	39.562.044	254.752.595
2001	904.502.438	13.241.649	37.861.226	180.194.595	169.727.589	37.110.414	123.851.855	76.681.908	40.948.862	224.884.341
2002	1.003.435.452	14.098.905	39.155.025	190.820.531	180.393.852	34.738.077	146.725.169	71.552.595	44.494.297	281.457.000
2003	1.036.665.226	15.996.572	43.226.689	197.379.672	190.631.893	35.243.775	152.000.805	67.903.832	43.667.989	290.614.000
2004	1.178.648.595	17.566.831	46.328.867	209.471.053	199.549.960	39.021.547	163.616.957	81.548.877	46.696.081	374.848.423
2005	1.310.375.520	22.439.402	51.686.516	223.514.075	215.858.028	42.344.527	162.600.253	85.199.532	47.994.942	458.738.245
2006	1.401.694.035	23.109.689	59.161.437	238.523.627	239.580.153	46.845.895	181.484.160	87.692.381	46.897.885	478.399.608
2007	1.495.255.477	20.632.868	62.431.486	249.467.791	245.142.314	50.167.440	209.155.512	89.591.165	50.154.762	518.512.139
2008	1.675.157.520	29.736.484	75.661.208	272.575.727	277.708.250	62.688.257	239.899.674	97.087.118	59.132.738	560.668.063
2009	1.852.834.540	35.887.294	79.731.978	296.427.798	297.099.826	81.912.826	293.363.725	110.507.245	66.104.848	591.799.000
2010	1.981.042.449	39.890.607	93.617.026	315.562.925	308.067.972	87.220.758	332.533.771	122.684.380	70.497.011	610.968.000
Soziale Dienste										
2000	318.459.082	418.131	8.919.173	38.640.887	50.205.776	14.667.823	7.139.179	28.969.173	6.580.061	162.918.878
2001	312.924.715	353.848	12.398.232	43.406.846	54.570.379	13.121.461	7.240.876	35.850.963	9.538.646	136.443.464
2002	333.429.632	287.129	16.372.613	39.664.920	83.808.944	12.387.061	7.888.624	34.789.561	6.313.780	131.917.000
2003	293.752.398	237.060	17.659.455	43.442.876	62.283.059	12.968.708	5.592.697	6.741.884	6.619.659	138.207.000
2004	357.426.510	291.635	15.002.558	45.562.645	69.278.775	11.871.187	13.296.818	7.230.421	7.095.814	187.796.657
2005	352.977.096	177.346	17.131.520	47.590.456	61.440.838	12.470.274	11.495.426	7.635.308	7.205.802	187.830.127
2006	391.770.756	140.715	17.093.183	52.034.109	75.970.930	13.536.874	12.586.431	8.505.457	8.224.460	203.678.596
2007	429.576.964	114.188	22.522.185	54.991.037	74.185.591	14.761.080	14.147.794	9.148.871	9.173.365	230.532.853
2008	473.326.923	158.680	21.827.684	66.396.678	82.590.281	15.451.689	15.202.185	10.552.874	9.848.141	251.298.713
2009	500.329.011	177.602	22.986.836	66.015.707	81.403.270	18.362.701	17.319.127	12.440.884	12.071.183	269.551.700
2010	532.435.422	215.142	23.202.906	72.802.511	83.085.744	17.479.632	18.348.547	21.762.929	11.545.113	283.992.900
Flüchtlingshilfe										
2000	17.275.740	10.755	1.481.723	472.817	4.153.255	488.910	3.760.256	1.541.069	853.862	4.513.095
2001	20.824.743	101.742	1.173.549	623.483	3.744.664	360.176	3.449.598	7.829.051	713.325	2.829.155
2002	18.528.506	797.735	747.872	556.317	5.286.907	342.188	4.569.427	2.338.589	438.419	3.451.053
2003	30.237.160	1.459.724	1.225.255	621.396	5.866.606	1.926.662	8.793.783	5.400.487	838.011	4.105.236
2004	82.498.872	2.357.500	4.394.509	4.314.225	13.349.586	3.674.857	14.136.648	6.735.965	3.479.364	30.056.219
2005	158.352.794	4.723.600	6.563.379	25.543.894	26.180.117	6.995.275	27.756.585	9.867.495	6.861.933	43.860.517
2006	173.575.239	5.811.299	7.474.830	34.386.222	37.684.717	7.847.016	26.642.704	9.095.989	7.560.465	37.071.998
2007	174.206.662	6.752.590	6.952.853	32.507.964	35.878.150	7.855.479	33.892.512	8.509.134	9.398.883	32.459.097
2008	159.071.742	5.661.919	8.060.511	27.544.808	34.666.378	7.973.184	24.836.032	10.626.732	8.269.922	31.432.256
2009	160.900.377	5.237.162	7.823.205	25.598.685	38.962.473	7.636.241	25.324.357	10.349.536	9.198.719	30.770.000
2010	157.386.522	4.074.619	9.056.428	23.265.841	38.373.510	7.374.618	24.664.946	10.752.010	8.664.550	31.160.000
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen										
2000	37.141.227	.	973.558	5.415.292	5.598.801	3.703.262	755.678	895.733	3.216.426	16.582.476
2001	46.262.038	.	1.893.302	5.907.173	7.897.544	4.047.238	863.392	1.750.070	4.630.530	19.272.790
2002	45.594.571	.	1.212.246	5.566.832	7.804.231	3.972.850	1.078.153	4.383.899	3.672.801	17.903.558
2003	54.004.453	.	2.777.570	6.273.385	8.707.865	4.066.400	1.043.069	5.071.280	4.500.732	21.564.153
2004	52.817.569	.	893.369	5.937.681	9.953.814	5.136.420	1.128.187	4.015.130	6.039.670	19.713.298
2005	71.495.588	.	4.235.157	8.782.348	12.882.150	5.916.489	5.576.139	4.901.910	5.890.100	23.311.295
2006	80.402.300	.	3.166.804	11.468.411	21.632.538	6.296.971	1.644.147	4.521.486	6.667.682	25.004.261
2007	82.563.376	.	2.903.216	11.637.128	20.509.931	7.235.686	1.575.709	4.839.770	7.150.233	26.711.703
2008	90.219.115	.	3.970.297	12.410.459	25.681.108	7.811.893	3.202.673	5.157.646	8.223.139	23.761.901
2009	115.625.082	.	1.415.933	12.410.459	23.972.370	6.682.200	1.370.782	5.709.168	9.395.170	54.669.000
2010	108.825.533	.	3.624.114	12.410.459	16.371.667	7.243.738	743.560	5.945.244	8.951.551	53.535.200

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik.

hilfen, Mietbeihilfen, Krankenhilfeleistungen (im ambulanten und stationären Bereich) und diverse sonstige Leistungen (z.B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung, Bestattungskosten). Österreichweit wurden für diese Hilfen im Jahr 2010 mit 613,7 Mio. € um 4,9% mehr ausgegeben als im Vorjahr (584,8 Mio. €); 347,8 Mio. € (57%) entfielen auf Wien. 73% der Ausgaben im Rahmen der Allgemeinen Sozialhilfe waren Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (inkl. Mietbeihilfen: 446,0 Mio. €), 23% Leistungen der (ambulanten und stationären) Krankenhilfe (138,9 Mio. €) und die restlichen knapp 5% (28,8 Mio. €) sonstige Ausgaben.

Der Großteil der Sozialhilfemittel fließt traditionell in die (Mit-)Finanzierung der Unterbringung hilfsbedürftiger Menschen in **Altenwohn- und Pflegeheimen**. Die in *Tabelle 8*²⁵⁾ für das Jahr 2010 dargestellten Ausgaben dafür erreichten 1,98 Mrd. €, womit sich die expansive Entwicklung weiter fortsetzte (+6,9% gegenüber 2009: 1,85 Mrd. €).²⁶⁾ Die Ausgaben-Dominanz Wiens (611,0 Mio. €) ist hier schwächer ausgeprägt als in der offenen Sozialhilfe: Für die Unterstützung von Menschen in Altenwohn- und Pflegeheimen wurden auch in der Steiermark (332,5 Mio. €), in Niederösterreich (315,6 Mio. €) und Oberösterreich (308,1 Mio. €) vergleichsweise hohe Beträge ausgegeben.

Für (ambulante) **soziale Dienste** gaben die Bundesländer 2010 insgesamt 532,4 Mio. € (+6,4% gegenüber dem Vorjahr: 500,3 Mio. €)²⁷⁾ aus. Der vergleichsweise hohe Ausgaben-Anteil Wiens (53%) verzerrt die tatsächliche Situation insofern, als soziale Dienste in anderen Bundesländern in nicht unbeträchtlichem Ausmaß von Gemeinden erbracht werden, deren Ausgaben in dieser Form in den Länderbudgets nicht aufscheinen.

In **Summe** lagen die Ausgaben der Bundesländer für Maßnahmen der Sozialhilfe (Allgemeine Sozialhilfe, Altenwohn- und Pflegeheime, soziale Dienste, Flüchtlingshilfe, sonstige Maßnahmen und Einrichtungen; *Tabelle 9*) im Jahr 2010 bei 3,39 Mrd. € (+5,6% gegenüber 2009 mit 3,21 Mrd. €). Seit 2000 stiegen die Sozialhilfe-Ausgaben insgesamt um 1,77 Mrd. € bzw. 109%. Bei den großen Ausgabenpositionen war der Zuwachs im Bereich der Altenwohn- und Pflegeheime am stärksten (+121% bzw. +1,09 Mrd. €); ihr Anteil an den Sozialhilfeausgaben stieg von 55% auf 58%. Deutlich geringer waren demgegenüber die Zuwächse bei

der Allgemeinen Sozialhilfe (+74%) und den sozialen Diensten (+67%). Bezogen auf die gesamte Sozialhilfe nahm der auf Wien entfallende Ausgabenanteil in diesem Zeitraum von 38% auf 39% zu.

Behindertenhilfe

Aufgabe und allgemeine Zielsetzung der Behindertenhilfe ist es, behinderten Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Im Berichtsjahr war die Behindertenhilfe im Burgenland, in Kärnten und in Niederösterreich im Rahmen der Sozialhilfegesetze²⁸⁾ geregelt, während in den übrigen Bundesländern eigene Behindertenhilfegesetze²⁹⁾ die Grundlage bildeten. Es gelten ähnliche Anspruchsvoraussetzungen und Grundsätze wie in der Sozialhilfe, und auch hier weichen Rechtslage und Vollziehungspraxis zwischen den Bundesländern erheblich voneinander ab. Hilfe wird dann gewährt, wenn antragstellende Behinderte alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, gleichartige oder ähnliche Leistungen von einem Sozialversicherungsträger oder vom Bund zu erhalten (Subsidiaritätsprinzip). Das Leistungsspektrum der Behindertenhilfe umfasst medizinische Versorgung (z.B. Kostenübernahme für Heilmittel, Hauskranken- und Anstaltspflege, orthopädische Hilfsmittel), sozialpädagogische Unterstützung (z.B. Erziehungsberatung, Vermittlung in Erziehungseinrichtungen, Kostenzuschüsse für die Unterbringung und Schulbildung), soziale Hilfen (z.B. Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Heimunterbringung, Betreuung durch soziale Dienste) sowie berufliche Eingliederungshilfen (z.B. Übernahme der Kosten der Ausbildung, der Ein-, Um- und Nachschulung, der Berufsvorbereitung und des Arbeitstrainings, Zuschüsse zur behinderungsgerechten Ausstattung eines Arbeitsplatzes im Bereich geschützter Arbeit).³⁰⁾

Die **Ausgaben** der Bundesländer für die Behindertenhilfe (*Tabelle 10*) betrugen im Jahr 2010 insgesamt 1,33 Mrd. € und lagen mit +6,3% ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1,25 Mrd. €).³¹⁾ Für die Unterbringung und Betreuung behinderter Menschen wurden 599,6 Mio. € (45%), für beschäftigungstherapeutische Maßnahmen 400,1

²⁵⁾ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die in *Tabelle 8* erfassten Daten zu den Sozialhilfeausgaben für die Bereiche Altenwohn-/Pflegeheime und Soziale Dienste mit den Daten zu den Sachleistungen (Mobile Dienste, Stationäre Dienste, Teilstationäre Dienste etc.) gemäß Pflegedienstleistungsstatistik (*siehe Fußnote 2*) vor allem deshalb nicht übereinstimmen, weil weder die Leistungsbereiche noch die Ausgabenbegriffe (Voll-/Bruttokosten vs. Bruttoausgaben) ident definiert sind.

²⁶⁾ Die gegenüber der Vorjahresveröffentlichung (1,69 Mrd. €) geänderte Ausgaben-summe für 2009 resultiert aus einer Datenkorrektur für Wien.

²⁷⁾ Aufgrund einer Datenkorrektur bei Wien änderte sich die Ausgaben-summe gegenüber der Vorjahresveröffentlichung (450,7 Mio. €).

²⁸⁾ In Kärnten im Rahmen des Mindestsicherungsgesetzes, das mit 1. Juli 2007 an die Stelle des Sozialhilfegesetzes trat.

²⁹⁾ In Tirol gibt es stattdessen das Rehabilitationsgesetz, in Oberösterreich das Chancengleichheitsgesetz, welches mit 1.9.2008 als Nachfolgegesetz des Behindertengesetzes und einzelner Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes in Kraft trat (Landesgesetzblatt Nr. 41/2008).

³⁰⁾ Während die Sozialhilfe de facto in der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder liegt, gibt es im Bereich der Behindertenversorgung eine starke Zersplitterung der Kompetenzen zwischen den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern. Eine Darstellung der Kompetenzlage wie auch der Lage der behinderten Menschen selbst ist zu finden in: „Behindertenbericht 2008; Bericht der Bundesregierung über die Lage von Menschen mit Behinderungen in Österreich 2008“, *Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz* (Hg.), Wien 2009.

³¹⁾ Die gegenüber der Vorjahresveröffentlichung (1,23 Mrd. €) geänderte Ausgaben-summe für 2009 resultiert aus einer Datenkorrektur für Wien.

Behindertenhilfe 2010

Tabelle 10



Leistungskatalog, Ausgaben in EUR sowie Zahl der Personen/Fälle ¹⁾	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich ²⁾	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Unterbringung, Betreuung inkl. Tagesstrukturierung										
Ausgaben in EUR	599.641.796	1.087.870	10.078.574	79.747.125	173.978.420	4.654.039	78.842.418	87.815.415	51.461.936	111.976.000
Personen/Fälle	.	89	282	3.127	.	521	3.228	.	21.467	3.190
Beschäftigungstherapie										
Ausgaben in EUR	400.111.681	21.483.506	40.482.957	54.890.691	73.133.810	49.505.437	83.719.400	834.899	17.021.982	59.039.000
Personen/Fälle	.	959	817	4.271	.	1.802	958	.	1.078	4.360
Geschützte Arbeit										
Ausgaben in EUR	44.315.270	419.073	1.715.316	6.825.061	15.999.540	5.592.997	5.418.537	1.913.144	4.485.001	1.946.600
Personen/Fälle	.	94	290	2.076	.	558	2.269	.	557	220
Suchtkrankenhilfe										
Ausgaben in EUR	28.734.122	.	1.063.668	.	12.830.032	2.081.749	4.514.119	2.355.127	5.889.426	.
Personen/Fälle	270	193	.	776	.
Andere Förderungsmaßnahmen zur Eingliederung in die Gesellschaft										
Ausgaben in EUR	125.524.144	2.259.506	1.353.997	34.529.749	10.355.813	7.847.353	33.254.168	15.875.355	538.503	19.509.700
Personen/Fälle	.	.	.	12.016	.	270	3.141	.	136	.
Darunter: Heilmittel, Heilbehandlung, orthopädische Behelfe und Hilfsmittel zur Eingliederung										
Ausgaben in EUR	60.481.221	488.268	331.602	33.732.075	10.355.813	231.475	10.123.735	5.218.253	.	.
Personen/Fälle	.	248	.	11.520	.	.	2.712	.	.	.
Sonstige Leistungen										
Ausgaben in EUR	127.115.640	.	1.243.036	3.742.948	48.460.132	42.023	18.425.388	12.520.323	1.648.089	41.033.700
Personen/Fälle	.	.	.	1.318	.	43
Behindertenhilfe insgesamt										
Ausgaben in EUR	1.325.442.653	25.249.955	55.937.548	179.735.574	334.757.748	69.723.598	224.174.031	121.314.263	81.044.937	233.505.000

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen bzw. aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. - 2) Ausgaben nach dem Chancengleichheitsgesetz (inkl. geringer Ausgaben für die Unterbringung und Betreuung psychisch Behinderter nach dem Sozialhilfegesetz).

Mio. € (30%) und für geschützte Arbeit(splätze) 44,3 Mio. € (3%) ausgegeben.

Zu den **Personen**, die Leistungen beziehen, liegen nur sehr lückenhafte Angaben vor, sodass sich keine aussagekräftige Zahl über das Ausmaß der Inanspruchnahme von Behindertenhilfe der Länder insgesamt nennen lässt.

Seit 2000 stiegen die Ausgaben der Bundesländer für die Behindertenhilfe (Tabelle 11) um 683,3 Mio. € (+106%). Der starke Anstieg im Zeitverlauf ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Ausgabenverschiebungen zwischen den „Sozialtöpfen“ erfolgten: Oberösterreich, das seit 1997 die „Unterbringung und Betreuung psychisch Behinderter“ nach dem Sozialhilfegesetz in der Behindertenhilfe ausweist, hat seither unter den Bundesländern die höchsten

Ausgaben (2010: 334,8 Mio. €, Anteil von 25%); im Burgenland wurden ab dem Jahr 2000 große Teile der Krankenhilfe von der Sozialhilfe in die Beschäftigungstherapie der Behindertenhilfe umgebucht.

Pflegegeld

Pflegebedürftige Personen im Zuständigkeitsbereich der Länder haben wie die Bezieher und Bezieherinnen von Bundespflegegeld einen Rechtsanspruch auf Pflegegeld, das nach dem erforderlichen Pflegebedarf (unabhängig von Einkommen und Vermögen) in sieben Pflegegeldstufen gewährt wird. Die Pflegegeldgesetze der Länder sind analog dem Bundespflegegeldgesetz ausgestaltet; es gibt somit im Unterschied zur Sozial- und Behindertenhilfe bundesweit einheitliche Anspruchsvoraussetzungen und Leistungsniveaus.

Ausgaben für Behindertenhilfe 2000-2010 in EUR

Tabelle 11



Jahr	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich ¹⁾	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
2000	642.164.822	14.031.983	25.786.778	82.164.190	204.953.108	26.737.561	78.895.086	54.082.524	39.332.135	116.181.458
2001	640.846.774	14.791.659	26.831.087	86.167.794	188.074.980	35.661.017	92.754.071	49.766.873	41.102.219	105.697.075
2002	714.959.741	14.590.834	30.263.949	92.189.725	206.710.371	42.486.604	94.041.049	63.813.500	44.912.641	125.951.067
2003	756.208.252	15.725.101	31.824.075	98.034.449	224.126.103	44.508.370	101.396.104	70.225.831	44.425.375	125.942.843
2004	821.613.599	16.161.587	34.691.936	106.719.261	229.220.565	50.518.468	103.285.166	76.049.780	45.505.630	159.461.205
2005	882.411.784	19.156.216	34.208.639	113.852.932	243.519.082	52.734.795	118.767.088	82.386.563	48.762.611	169.023.858
2006	953.852.520	19.631.330	37.454.640	123.257.394	258.027.406	54.901.735	135.134.063	89.921.467	60.305.587	175.218.898
2007	1.054.615.611	21.080.403	41.405.983	141.119.840	287.024.829	58.522.252	155.891.936	98.664.498	61.921.201	188.984.669
2008	1.136.123.798	22.152.265	46.540.235	153.848.689	291.961.303	64.024.063	174.297.310	102.702.461	72.433.789	208.163.682
2009	1.246.720.090	24.722.087	53.612.367	170.361.722	315.425.144	69.820.575	199.174.697	114.841.662	78.800.835	219.961.000
2010	1.325.442.653	25.249.955	55.937.548	179.735.574	334.757.748	69.723.598	224.174.031	121.314.263	81.044.937	233.505.000

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Inklusive der „Unterbringung und Betreuung psychisch Behinderter“ nach dem Sozialhilfegesetz.

Ende 2010 bezogen insgesamt 70.632 Personen Landespflegegeld (+3,8% bzw. +2.562 Personen gegenüber dem Vorjahresstand). In drei Bundesländern - Wien (22%), Niederösterreich (19%), Steiermark (16%) - lebten zusammen annähernd 60% der Landespflegegeldbezieher und -bezieherinnen (Tabelle 12).

Der Frauenanteil lag bei 65% und war etwas niedriger als im Bereich des Bundespflegegeldes (67%). Ein weiterer Unterschied zum Bundespflegegeld besteht in der wesentlich

jüngeren Altersstruktur: Während 88% der Personen mit Bezug von Bundespflegegeld älter als 60 Jahre waren, machte diese Altersgruppe im Bereich des Landespflegegeldes nur 45% aus. Bei den Frauen lag der Anteil der über 60-Jährigen bei 61%, während er bei den Männern nur 17% betrug; d.h. beim Bezug von Landespflegegeld waren vor allem die jüngeren Altersgruppen männlich dominiert.

Die Ausgaben für das Landespflegegeld lagen 2010 bei insgesamt 374,1 Mio. € (Tabelle 13) und waren damit um 3,4%

Personen mit Bezug von Landespflegegeld¹⁾ Ende 2010

Tabelle 12



Pflegegeldstufen	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Bezieher und Bezieherinnen insgesamt	70.632	2.022	5.361	13.254	10.712	3.989	11.305	5.295	3.040	15.654
Pflegegeldstufen										
1 (154,20 EUR)	15.150	264	1.389	2.710	1.966	899	2.301	857	424	4.340
2 (284,30 EUR)	21.642	630	1.719	3.884	3.407	1.344	3.438	1.519	836	4.865
3 (442,90 EUR)	12.611	444	890	2.573	1.915	715	2.091	1.064	627	2.292
4 (664,30 EUR)	8.271	252	598	1.561	1.173	362	1.401	711	405	1.808
5 (902,30 EUR)	5.584	149	347	1.181	1.096	291	795	483	320	922
6 (1.242,00 EUR)	4.025	166	232	722	573	198	753	424	188	769
7 (1.655,80 EUR)	2.324	86	128	449	435	130	413	137	92	454
1 bis 7 zusammen	69.607	1.991	5.303	13.080	10.565	3.939	11.192	5.195	2.892	15.450
Sonstige ²⁾	1.025	31	58	174	147	50	113	100	148	204
Altersgruppen ³⁾										
Bis 20 Jahre	13.197	340	605	2.487	2.022	717	1.734	1.025	666	3.601
21 bis 40 Jahre	12.922	343	876	2.407	2.059	837	2.008	985	626	2.781
41 bis 60 Jahre	11.369	311	834	2.306	1.325	647	1.553	718	525	3.150
61 bis 80 Jahre	16.353	550	1.498	2.856	2.618	866	3.154	1.314	557	2.940
81 und mehr Jahre	15.774	447	1.490	3.024	2.544	872	2.743	1.158	518	2.978
Männer zusammen	24.697	614	1.487	4.373	3.502	1.442	3.268	1.723	1.091	7.197
Pflegegeldstufen										
1 (154,20 EUR)	4.990	77	352	845	613	315	558	228	124	1.878
2 (284,30 EUR)	7.043	163	426	1.155	995	447	862	487	288	2.220
3 (442,90 EUR)	4.508	138	254	872	625	273	620	362	218	1.146
4 (664,30 EUR)	2.963	61	173	511	421	136	416	238	170	837
5 (902,30 EUR)	1.878	44	96	396	360	95	252	136	122	377
6 (1.242,00 EUR)	1.857	77	110	330	258	95	336	166	56	429
7 (1.655,80 EUR)	925	32	48	168	145	55	167	58	33	219
1 bis 7 zusammen	24.164	592	1.459	4.277	3.417	1.416	3.211	1.675	1.011	7.106
Sonstige ²⁾	533	22	28	96	85	26	57	48	80	91
Altersgruppen ³⁾										
Bis 20 Jahre	7.878	191	361	1.495	1.182	434	1.048	590	387	2.190
21 bis 40 Jahre	7.121	197	460	1.307	1.157	489	1.108	520	309	1.574
41 bis 60 Jahre	4.968	121	360	990	600	287	629	310	218	1.453
61 bis 80 Jahre	2.430	47	147	278	269	116	243	146	58	1.126
81 und mehr Jahre	1.771	36	131	207	210	90	183	112	39	763
Frauen zusammen	45.935	1.408	3.874	8.881	7.210	2.547	8.037	3.572	1.949	8.457
Pflegegeldstufen										
1 (154,20 EUR)	10.160	187	1.037	1.865	1.353	584	1.743	629	300	2.462
2 (284,30 EUR)	14.599	467	1.293	2.729	2.412	897	2.576	1.032	548	2.645
3 (442,90 EUR)	8.103	306	636	1.701	1.290	442	1.471	702	409	1.146
4 (664,30 EUR)	5.308	191	425	1.050	752	226	985	473	235	971
5 (902,30 EUR)	3.706	105	251	785	736	196	543	347	198	545
6 (1.242,00 EUR)	2.168	89	122	392	315	103	417	258	132	340
7 (1.655,80 EUR)	1.399	54	80	281	290	75	246	79	59	235
1 bis 7 zusammen	45.443	1.399	3.844	8.803	7.148	2.523	7.981	3.520	1.881	8.344
Sonstige ²⁾	492	9	30	78	62	24	56	52	68	113
Altersgruppen ³⁾										
Bis 20 Jahre	5.319	149	244	992	840	283	686	435	279	1.411
21 bis 40 Jahre	5.801	146	416	1.100	902	348	900	465	317	1.207
41 bis 60 Jahre	6.401	190	474	1.316	725	360	924	408	307	1.697
61 bis 80 Jahre	13.923	503	1.351	2.578	2.349	750	2.911	1.168	499	1.814
81 und mehr Jahre	14.003	411	1.359	2.817	2.334	782	2.560	1.046	479	2.215

Q: Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010. - 1) Auf Basis der Pflegegeldgesetze der Bundesländer. - 2) Sonstige umfasst Ausgleichszahlungen sowie vorläufige Leistungsgewährungen und Pflegegeldzahlungen ans Ausland. - 3) Die Summe der Altersgruppen weicht vom Insgesamt ab, weil nicht alle Bezieher/-innen nach dieser Kategorie aufgeführt vorliegen.

höher als im Vorjahr (361,7 Mio. €). Analog zum Leistungsbezug hatte Wien die höchsten Ausgaben (74,7 Mio. €), knapp gefolgt von Niederösterreich (72,8 Mio. €) und der Steiermark (64,1 Mio. €). Die durchschnittliche Pflegegeldleistung lag bei 5.297 € im Jahr bzw. 441 € im Monat (das Pflegegeld wird zwölf Mal im Jahr ausbezahlt). Da männliche Personen in den höheren Pflegegeldstufen stärker vertreten sind, ist ihr durchschnittlicher Pflegegeldbezug (5.430 € jährlich, 453 € monatlich) höher als jener der Frauen (5.225 € bzw. 435 €).³²⁾

³²⁾ Zu den Ausgaben für das Landespflegegeld nach dem Geschlecht siehe „Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010“, S. 50.

Im Vergleich zur Sozial- und Behindertenhilfe entwickelten sich Aufwendungen und Leistungsanspruchnahme beim Landespflegegeld sehr moderat: Die Ausgaben stiegen im Zeitraum 2000 bis 2010 um rund 37% (+100,8 Mio. €), die Zahl der Landespflegegeldbezieher und -bezieherinnen nahm um 29% (+15.717 Personen) zu.

Ausgaben und Einnahmen insgesamt

Die Ausgaben der Bundesländer für die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe und das Pflegegeld betragen im Jahr 2010 insgesamt 5,09 Mrd. €; das war ein Anstieg um 270,0 Mio. € (+5,6%) gegenüber dem Vorjahr bzw. eine Zunahme um

Landespflegegeld¹⁾ 2000-2010

Tabelle 13



Jahr	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Bezieher und Bezieherinnen insgesamt (zum 31.12.)										
2000	54.915	1.633	5.606	9.553	8.370	3.011	8.792	3.611	1.783	12.556
2001	54.428	1.641	5.119	10.130	8.554	3.046	8.859	3.447	1.778	11.854
2002	55.638	1.658	5.253	10.352	8.508	3.038	9.027	3.596	1.849	12.357
2003	56.720	1.681	5.174	10.218	8.648	3.109	9.324	3.737	1.925	12.904
2004	58.685	1.716	5.589	10.878	8.703	3.100	9.506	3.829	1.931	13.433
2005 ²⁾	59.533	1.770	5.584	11.061	8.789	3.151	9.580	4.024	2.037	13.537
2006	60.971	1.846	5.629	11.382	9.138	3.227	10.268	4.577	2.144	12.760
2007	62.411	1.851	5.150	11.757	9.339	3.566	10.508	4.631	2.494	13.115
2008	64.936	1.919	5.340	12.356	9.838	3.656	10.684	4.867	2.610	13.666
2009	68.070	1.982	5.363	12.780	10.353	3.760	10.985	5.129	2.840	14.878
2010	70.632	2.022	5.361	13.254	10.712	3.989	11.305	5.295	3.040	15.654
Männer (zum 31.12.)										
2000	18.643	518	1.504	2.985	2.865	1.132	2.651	1.271	715	5.002
2001	18.670	526	1.299	3.254	2.847	1.165	2.663	1.182	738	4.996
2002	19.196	518	1.324	3.314	2.920	1.152	2.670	1.209	757	5.332
2003	19.736	517	1.346	3.368	2.976	1.166	2.728	1.269	771	5.595
2004	20.347	540	1.454	3.562	2.988	1.165	2.753	1.306	752	5.827
2005 ²⁾	20.575	537	1.439	3.550	3.027	1.182	2.779	1.353	801	5.907
2006	20.891	549	1.436	3.658	3.100	1.193	2.922	1.534	801	5.698
2007	21.577	565	1.393	3.847	3.117	1.299	3.003	1.551	924	5.878
2008	22.423	572	1.453	4.000	3.277	1.316	3.070	1.616	981	6.138
2009	23.208	580	1.488	4.194	2.942	1.349	3.183	1.683	1.030	6.759
2010	24.697	614	1.487	4.373	3.502	1.442	3.268	1.723	1.091	7.197
Frauen (zum 31.12.)										
2000	36.272	1.115	4.102	6.568	5.505	1.879	6.141	2.340	1.068	7.554
2001	35.758	1.115	3.820	6.876	5.707	1.881	6.196	2.265	1.040	6.858
2002	36.442	1.140	3.929	7.038	5.588	1.886	6.357	2.387	1.092	7.025
2003	36.984	1.164	3.828	6.850	5.672	1.943	6.596	2.468	1.154	7.309
2004	38.338	1.176	4.135	7.316	5.715	1.935	6.753	2.523	1.179	7.606
2005 ²⁾	38.958	1.233	4.145	7.511	5.762	1.969	6.801	2.671	1.236	7.630
2006	40.080	1.297	4.193	7.724	6.038	2.034	7.346	3.043	1.343	7.062
2007	40.834	1.286	3.757	7.910	6.222	2.267	7.505	3.080	1.570	7.237
2008	42.513	1.347	3.887	8.356	6.561	2.340	7.614	3.251	1.629	7.528
2009	44.862	1.402	3.875	8.586	7.411	2.411	7.802	3.446	1.810	8.119
2010	45.935	1.408	3.874	8.881	7.210	2.547	8.037	3.572	1.949	8.457
Ausgaben in EUR (Jahressumme)										
2000	273.321.638	9.782.147	18.436.476	48.784.459	40.850.913	15.323.601	48.150.256	19.752.436	8.832.580	63.408.770
2001	267.526.990	9.763.406	18.179.129	52.380.323	41.793.935	15.265.657	47.923.369	18.698.377	8.756.916	54.765.878
2002	274.329.275	10.088.591	18.713.679	53.435.422	42.436.683	15.423.042	48.438.586	19.441.462	9.138.115	57.213.695
2003	277.271.006	10.100.432	18.518.001	52.155.388	43.432.244	15.405.048	49.529.280	20.146.933	9.666.267	58.317.413
2004	284.599.905	9.973.038	19.880.819	54.569.501	43.929.520	16.259.997	50.468.028	20.390.900	9.912.260	59.215.840
2005	293.968.371	10.413.131	19.671.568	56.286.384	45.892.041	16.050.229	52.842.558	21.969.190	10.484.591	60.358.679
2006	303.642.095	10.542.180	19.990.396	58.006.995	47.890.220	16.564.244	53.800.237	23.333.989	11.026.445	62.487.387
2007	312.465.604	10.723.900	22.305.256	59.802.456	48.743.376	17.513.195	54.224.979	23.732.314	11.342.281	64.077.846
2008	326.787.773	11.099.320	22.583.888	62.770.126	49.997.435	18.085.865	59.030.939	24.677.139	12.112.177	66.430.883
2009	361.691.997	12.213.547	24.598.900	69.521.120	55.957.422	19.466.537	62.681.976	28.775.847	13.600.449	74.876.199
2010	374.116.871	12.772.455	24.619.881	72.799.849	59.870.750	19.595.743	64.130.712	30.983.796	14.677.535	74.666.152

Q: Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2000-2006; Österreichische Pflegevorsorgeberichte 2007-2010. - 1) Auf Basis der Landespflegegeldgesetze. - 2) Die Angaben für Salzburg beziehen sich auf Jänner 2006.

Ausgaben für verschiedene soziale Sicherungssysteme 2000-2010

Tabelle 14



Soziale Sicherungssysteme	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld der Länder ¹⁾	Mio. EUR	2.535	2.537	2.736	2.825	3.197	3.506	3.765	4.025	4.396	4.823	5.093
	2000=100	100	100	108	111	126	138	149	159	173	190	201
	%-Anteil	5,5	5,3	5,5	5,5	6,0	6,4	6,6	6,7	7,0	7,3	7,4
Sozialversicherung ¹⁾	Mio. EUR	33.530	34.729	35.847	36.901	38.011	39.441	41.017	43.105	45.330	47.271	48.700
	2000=100	100	104	107	110	113	118	122	129	135	141	145
	%-Anteil	72,1	72,0	71,9	72,3	71,8	71,8	71,8	71,8	72,2	71,3	70,8
Arbeitsmarktverwaltung(-service) ²⁾	Mio. EUR	4.277	4.598	4.818	4.473	4.716	4.614	4.912	5.293	4.834	5.776	6.145
	2000=100	100	107	113	105	110	108	115	124	113	135	144
	%-Anteil	9,2	9,5	9,7	8,8	8,9	8,4	8,6	8,8	7,7	8,7	8,9
Bundespflegegeld ³⁾	Mio. EUR	1.398	1.427	1.433	1.471	1.489	1.566	1.621	1.692	1.774	1.943	2.002
	2000=100	100	102	103	105	107	112	116	121	127	139	143
	%-Anteil	3,0	3,0	2,9	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
Familienlastenausgleich ⁴⁾	Mio. EUR	4.312	4.481	4.519	4.869	5.053	5.409	5.407	5.537	6.025	6.152	6.446
	2000=100	100	104	105	113	117	125	125	128	140	143	149
	%-Anteil	9,3	9,3	9,1	9,5	9,6	9,8	9,5	9,2	9,6	9,3	9,4
Fürsorgeleistungen des Bundes ⁵⁾	Mio. EUR	423	479	487	472	445	414	402	404	427	373	387
	2000=100	100	113	115	112	105	98	95	95	101	88	91
	%-Anteil	0,9	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Insgesamt	Mio. EUR	46.476	48.251	49.841	51.011	52.911	54.950	57.125	60.056	62.785	66.337	68.774
	2000=100	100	104	107	110	114	118	123	129	135	143	148

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik; Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge bzw. Österreichische Pflegevorsorgeberichte, Rechnungsabschlüsse des Bundes, Gebärungsergebnisse der Sozialversicherungsträger. - 1) Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung. - 2) Aktive und passive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. - 3) Pflegegelder auf Basis des Bundespflegegeldgesetzes. - 4) Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen - umfasst neben den Familienbeihilfen auch Ausgaben für Unterhaltsvorschüsse, den Mutter-Kind-Pass-Bonus, Kleinkindbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen und diverse sonstige familienpolitische Maßnahmen. - 5) Opferfürsorge, Hilfeleistungen an Opfer für Verbrechen, Kleinrentnerentschädigung, Allgemeine Fürsorge sowie Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung.

2,56 Mrd. € (+101%) gegenüber 2000. Im Vergleich zu den in *Tabelle 14* angeführten anderen Sozialleistungsbereichen war der prozentuelle Anstieg der Bundesländer-Sozialausgaben³³⁾ am stärksten, wobei ein Teil dieser Veränderung auf eine bessere Datenerfassung im Zeitverlauf zurückzuführen ist. Der Länder-Anteil (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Pflegegeld) lag, gemessen an den Gesamtausgaben für die wichtigsten sozialen Sicherungssysteme in Österreich (in der Höhe von 68,8 Mrd. €), bei 7,4% (2000: 5,5%).³⁴⁾

³³⁾ Mit der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und dem Pflegegeld werden zwar die wichtigsten Sozialleistungen, aber nicht sämtliche Sozialausgaben der Bundesländer erfasst.

³⁴⁾ Hingewiesen sei in dem Zusammenhang darauf, dass die Sozialausgaben in Österreich 2010 insgesamt 86,9 Mrd. € betragen (die Sozialquote als Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag damit bei 30,4%). In dieser - auf dem Europäischen System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS) basierenden - Berechnung der Sozialausgaben (ESSOSS-Datenbank, Stand: Ende Oktober 2010) werden im Unterschied zu den in *Tabelle 14* präsentierten Daten die intergovernmentalen Transfers (Zahlungen zwischen einzelnen Sozialschutzsystemen) nicht miteinbezogen und die von den Leistungsbeziehenden getragenen Eigenleistungen (private Zuzahlungen) vom Wert der jewei-

Den Ausgaben standen **Einnahmen** (*Tabelle 15*) in der Höhe von 1,25 Mrd. € (+8,5% zum Vorjahr) gegenüber, die sich aus den Kostenbeiträgen und -ersätzen der Leistungsbeziehenden und ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen zusammensetzen.³⁵⁾ Kostenbeiträge und Regresse sind vor allem in der Sozialhilfe von Bedeutung (insbesondere im Be-

ligen Sozialleistung abgezogen (z.B. die Eigenbeiträge im Fall der Heimunterbringung). Gemäß dieser Rechnung lagen die Ausgaben für sämtliche Sozialleistungen der Länder (inkl. Jugendwohlfahrt, Familienförderung etc.; die von den Sozialhilfverbänden in Oberösterreich und der Steiermark getragenen Sozialaufwendungen werden in der ESSOSS-Rechnung bei den Sozialleistungen der Gemeinden erfasst) 2010 bei 3,64 Mrd. €, das entspricht einem Anteil von 4,2% an den Sozialausgaben insgesamt. Der Zuwachs gegenüber 2000 lag bei 77% (bei den Sozialausgaben insgesamt betrug er 47%).

³⁵⁾ Das sind vor allem die Beiträge bzw. Ersätze aus dem Einkommen (Pension) und dem Pflegegeld der stationär Untergebrachten, die Kostenersätze aus Vermögen und die Beiträge bzw. Ersätze unterhaltspflichtiger Angehöriger. Der Kostenersatz für unterhaltspflichtige Angehörige, der in einigen Bundesländern (in Salzburg, Oberösterreich und Wien) schon bisher nicht existiert hatte, wurde in den restlichen Bundesländern 2008 (Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg) und 2009 (Burgenland, Tirol) abgeschafft.

Einnahmen¹⁾ der Sozial- und Behindertenhilfe 2010 in EUR

Tabelle 15



Leistungsgruppen	Österreich	Burgenland	Kärnten ²⁾	Nieder-österreich ³⁾	Ober-österreich	Salzburg ⁴⁾	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Allgemeine Sozialhilfe (1)	142.231.456	3.770.511	3.602.902	29.988.385	12.127.911	52.319.839	1.559.738	2.656.777	1.089.338	35.116.056
Altenwohn- und Pflegeheime (2)	837.094.859	19.613.092	60.719.890	166.352.560	182.011.056	.	155.823.527	39.486.052	31.506.682	181.582.000
Soziale Dienste (3)	88.920.949	27.706	.	.	25.314.628	3.462.085	206.208	7.578.141	60.281	52.271.900
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (4)	16.261.159	.	.	.	750.871	455.068	324.810	.	1.293.210	13.437.200
Sozialhilfe (1-4)	1.084.508.423	23.411.310	64.322.792	196.340.944	220.204.466	56.236.992	157.914.282	49.720.970	33.949.511	282.407.156
Behindertenhilfe (5)	165.266.658	2.734.566	5.654.823	35.376.110	62.412.655	9.869.345	13.498.880	10.358.494	5.851.784	19.510.000
Insgesamt (1-5)	1.249.775.081	26.145.876	69.977.615	231.717.055	282.617.121	66.106.337	171.413.163	60.079.465	39.801.295	301.917.156

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik. - 1) Kostenbeiträge bzw. -ersätze der Leistungsbezieher/-innen und ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen sowie allfällige sonstige Einnahmen (z.B. Verwaltungsstrafen, Rückersätze), jedoch ohne Finanzierungbeiträge von Seiten der Gemeinden und des Bundes. - 2) Für die Sozialen Diensten keine Einnahmen ausgewiesen, weil diese direkt bei den Leistungsanbietern vereinnahmt werden. - 3) Einnahmen für Soziale Dienste und Sonstige sind in den Einnahmen für die Allgemeine Sozialhilfe enthalten. - 4) Einnahmen im Bereich Altenwohn- und Pflegeheime sind in den Einnahmen für die Allgemeine Sozialhilfe enthalten.

Einnahmen der Sozial- und Behindertenhilfe 2000-2010 in EUR

Tabelle 16



Jahr	Österreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Sozial- und Behindertenhilfe										
2000	610.403.560	11.329.057	35.047.809	173.006.752	138.321.590	25.406.295	77.295.901	40.909.749	19.989.036	89.097.372
2001	659.566.252	12.606.540	37.642.459	184.613.317	143.144.507	23.538.867	90.162.502	53.413.182	20.658.878	93.785.999
2002	758.754.152	12.471.142	39.248.771	182.954.771	152.436.115	27.524.945	101.404.217	52.027.002	21.807.150	168.880.038
2003	798.960.010	15.016.141	42.718.247	190.867.697	163.159.314	27.396.198	102.314.710	55.189.482	24.794.790	177.503.430
2004	841.777.686	15.871.870	45.780.467	202.041.079	176.535.237	31.168.055	110.261.978	55.761.174	24.907.598	179.450.229
2005	906.310.509	17.900.350	49.360.414	211.759.217	177.523.479	31.756.254	127.077.043	56.550.991	29.783.751	204.599.011
2006	921.154.996	19.618.904	48.557.581	224.283.217	171.255.259	33.796.079	117.446.354	58.034.190	30.186.205	217.977.207
2007	999.938.043	17.087.539	50.570.888	224.998.202	228.016.123	35.051.661	125.872.412	59.909.860	30.798.914	227.632.444
2008	1.049.791.318	22.271.237	52.658.460	229.706.072	222.000.213	45.733.130	136.096.471	62.971.792	33.537.233	244.816.711
2009	1.151.553.596	25.189.666	56.085.807	243.045.942	244.604.842	63.590.560	146.211.236	68.045.718	37.179.898	267.599.927
2010	1.249.775.081	26.145.876	69.977.615	231.717.055	282.617.121	66.106.337	171.413.163	60.079.465	39.801.295	301.917.156
Sozialhilfe										
2000	522.917.919	8.526.693	31.098.980	152.521.947	101.629.509	22.257.208	70.285.249	37.329.132	19.720.992	79.548.209
2001	564.403.153	9.017.022	33.551.430	159.634.301	108.601.958	18.185.374	82.733.443	49.291.846	20.120.946	83.266.832
2002	655.107.014	8.774.638	34.916.357	157.963.438	114.272.287	20.231.139	93.990.669	47.257.853	21.253.411	156.447.223
2003	683.953.477	11.101.186	37.887.538	162.785.972	120.457.774	20.190.060	94.776.868	48.075.691	24.270.120	164.408.268
2004	723.104.730	12.094.974	40.812.485	172.526.281	133.019.171	22.671.028	102.148.944	49.373.722	24.383.432	166.074.694
2005	781.339.740	13.805.855	44.110.061	177.852.238	135.613.982	24.169.926	118.388.817	50.217.202	26.548.239	190.633.421
2006	785.600.831	15.313.812	43.329.671	188.887.272	126.782.135	25.340.105	107.629.751	50.915.009	25.139.869	202.263.207
2007	866.224.369	12.981.566	45.939.103	195.127.170	180.512.831	26.263.932	115.246.094	53.073.163	25.775.065	211.305.444
2008	913.589.060	18.658.290	48.538.850	198.598.815	175.017.994	37.055.965	124.298.958	55.844.510	28.503.967	227.071.711
2009	999.671.940	20.781.801	51.332.401	210.309.250	190.727.255	53.929.165	133.614.328	59.703.709	31.711.103	247.562.927
2010	1.084.508.423	23.411.310	64.322.792	196.340.944	220.204.466	56.236.992	157.914.282	49.720.970	33.949.511	282.407.156
Behindertenhilfe										
2000	87.485.641	2.802.364	3.948.830	20.484.804	36.692.081	3.149.087	7.010.652	3.580.617	268.043	9.549.163
2001	95.163.099	3.589.518	4.091.029	24.979.016	34.542.549	5.353.493	7.429.059	4.121.336	537.932	10.519.167
2002	103.647.137	3.696.504	4.332.415	24.991.333	38.163.829	7.293.806	7.413.548	4.769.150	553.739	12.432.815
2003	115.006.533	3.914.955	4.830.710	28.081.725	42.701.540	7.206.138	7.537.843	7.113.791	524.670	13.095.162
2004	118.672.957	3.776.897	4.967.982	29.514.798	43.516.066	8.497.027	8.113.034	6.387.452	524.166	13.375.535
2005	124.970.769	4.094.495	5.250.353	33.906.979	41.909.497	7.586.328	8.688.226	6.333.788	3.235.513	13.965.590
2006	135.554.165	4.305.091	5.227.910	35.395.945	44.473.124	8.455.974	9.816.603	7.119.181	5.046.336	15.714.000
2007	133.713.674	4.105.973	4.631.785	29.871.032	47.503.292	8.787.729	10.626.318	6.836.697	5.023.849	16.327.000
2008	136.202.259	3.612.947	4.119.610	31.107.258	46.982.219	8.677.165	11.797.513	7.127.281	5.033.266	17.745.000
2009	151.881.656	4.407.865	4.753.406	32.736.692	53.877.586	9.661.395	12.596.908	8.342.009	5.468.795	20.037.000
2010	165.266.658	2.734.566	5.654.823	35.376.110	62.412.655	9.869.345	13.498.880	10.358.494	5.851.784	19.510.000

Q: STATISTIK AUSTRIA, Sozialhilfestatistik.

reich der Altenwohn- und Pflegeheime): Bei einem Nettoaufwand von 2,31 Mrd. € lag der durch diese Einnahmen gedeckte Teil der Ausgaben („Deckungsquote“) bei 32%. In der Behindertenhilfe (Nettoaufwand von 1,16 Mrd. €) flossen hingegen nur 12% der Ausgaben in Form von Einnahmen wieder an die öffentliche Hand zurück.

Im Zeitraum 2000 bis 2010 stiegen die Einnahmen (Tabelle 16) der Sozial- und Behindertenhilfe (+105%) etwas schwächer als die Ausgaben (+109%), sodass die Deckungsquote leicht von 27% auf 26% abnahm (in der Sozialhilfe lag der durch die Einnahmen gedeckte Teil im Jahr 2000 bei 32%, in der Behindertenhilfe bei 14%).

Summary

This article presents an overview of the most important social benefits granted by the Austrian provinces. In the year 2010 in total 177 068 persons received cash benefits on the basis of social assistance programmes. Furthermore 76 014 recipients of social assistance were living in homes for people needing care. 70 632 persons benefited from care allowances.

The total benefits of the provinces (social assistance in general, social assistance for handicapped persons, care allowance) for 2010 amounted to EUR 5.09 billion, which is 7.4 per cent of the total expenditure for the most important social security systems in Austria.